

Volkstribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expeditoren:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 48.

Sonnabend, den 1. Dezember 1888.

II. Jahrgang.

Die Alters- und Invalidenversicherung.
— Der Bauer und die Sozialdemokratie. — Der „Mutterberuf“ der Frau. I. — Der internationale Gewerkschaftskongress in London. Gedicht. — Novelle. — Kapitalistische Freiheit und sozialistischer Zwang. — Zwei Frauenaufreife. — Fortschritte der Technik. — Das Koalitionsrecht in Oesterreich. — Dynamitexplosionen in Frankreich. — Der Wahlaufmarsch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. — Internationale Arbeiterkongresse.

Wir machen auch hier die Leser auf den Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Beilage aufmerksam.

Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter

bildet jetzt naturgemäß den Behandlungststoff der Tagespresse und auch nicht zum Wenigsten in den Kartellblättern.

Das große Kölner Niesen-Reptil findet natürlich in der neuen Fassung des Gesetzentwurfes eine wesentliche Verbesserung desselben. Sie glaubt, daß der „Lähne Wurf“ gelingen wird, und daß noch in der jetzigen Reichstagsstagung „unser sozialpolitische arbeiterfreundliche Gesetzgebung“ mit diesem Gesetz zum vorläufigen Abschluß kommen wird.

Als begründet sieht die „R. Z.“ nur die Einwendungen an, die sich auf den späten Beginn der Altersversicherung beziehen, und spricht für die Herabsetzung dieser Wartezeit um 5 bis 10 Jahre, also auf das 65. bzw. 60. Lebensjahr. Ferner erscheint dem Blatte die Bestimmung hart, daß die Arbeiter, die aus der Versicherungspflicht scheiden, gar keine Ansprüche an die Versicherung haben, daß ihr Beitrag einfach verloren ist.

Das ist alles, was die „Köln. Ztg.“ an dem Gesetzentwurf vielleicht zu ändern haben möchte.

Die Arbeiterfreundlichkeit der sozialpolitischen Gesetzgebung, die die „R. Z.“ auch in der Höhe der Rente findet, von welcher sie meint:

Der am meisten gehörte Tadel betrifft die Höhe der Rente. Die geringste Invalidenrente in der Ortsklasse I beträgt allerdings nur 72 Mark, die höchste 150; man muß aber bedenken, daß in weitaus den meisten Fällen nicht die niedrigste gezahlt wird und daß die höchste selbst in der ersten Ortsklasse immerhin 150 Mark, die höchste überhaupt 350 Mark beträgt. Bis jetzt aber geschah für den Arbeiter einfach gar nichts, er war auf die öffentliche Armenpflege verwiesen. Bei dem Griff ins Ungewisse, den wir mit dem vorliegenden Gesetze thun, hätte man sich, die Renten zu hoch anzusetzen; denn es ist nicht zu ermeissen, wie ungeheuer die Lasten sein werden, die wir uns auferlegen. Allzu große Ueberbürdung könnte leicht unsere Industrie — da die ausländische gar keine solche Lasten trägt — in Gefahr bringen. Wägt sich die Last ohne Gefahr steigern, so ist das später zu jeder Zeit leicht geschehen, wogegen ein Hinabsteigen von einer zu hohen Stufe kaum ausführbar wäre.

steht der „Hannoversche Courier“ insofern richtig, als er sagt:

Die Abstufung der Rente stelle einen bedeutenden Fortschritt dar gegenüber der unbedingten Gleichheit der Rente, insofern die Rente nunmehr in ihrem Mindestbetrage wenigstens so hoch sein wird, daß sie von der in der betreffenden Gegend gewährten Armenunterstützung nicht mehr übertroffen wird.

Es ist also nicht richtig, daß bis jetzt „für den Arbeiter gar nichts geschah“, wie die „R. Z.“ behauptet, er empfing eben die Unterstützung der Armenpflege. Er empfängt auch nach dem Gesetzentwurf nicht mehr, denn die Behauptung des „S. R.“, daß schon die niedrigste Rente der gewährten Armenunterstützung gleichkomme, ist durchaus falsch. Die ortsübliche Armenunterstützung erreicht so ziemlich den Höchstbetrag der Renten.

Der Zwanzig-Pfennig-Rentner, der die Aussicht hat, nach 50 Wartejahren, wenn er mindestens 67, wahrscheinlich aber 80 Jahre alt geworden ist (da nicht Kalenderjahre, sondern Arbeitsjahre zu 47 Wochen das Wartejahr,

bilden), zum 33 1/2 Pfennigrentner aufzurücken, bleibt eine nicht wegzuleugnende Wahrheit, die die Arbeiterfreundlichkeit vollauf kennzeichnet. Der Arbeiter empfängt nur in ganz seltenen Fällen mehr, als was er als Armenunterstützung erhielt und muß dafür ziemlich erhebliche Beiträge zahlen, die lediglich der Gemeinde zu gut kommen, die ihm bisher die Armenunterstützung zu zahlen hatte.

Der „Hannoversche Courier“ enthält nebenbei bemerkt eine faulstidige Unwahrheit, die wohl daher rührt, daß die Herren Arbeiterfreunde dieses Blattes den Gesetzentwurf nicht aufmerksam genug gelesen haben. Der Courier meint, ein Arbeiter erhalte Unterstützung, wenn er „nicht mehr oder nicht hinreichend“ verdienen könne. Das ist falsch. Die Unterstützung wird ihm immer nur im Falle „dauernder Erwerbsunfähigkeit“ bewilligt. Die „dauernde Erwerbsunfähigkeit“ bleibt aber wie früher so erklärt, daß nur der für dauernd erwerbsunfähig gilt, dessen körperliche oder geistige Fähigkeiten es ihm nicht mehr ermöglichen, durch irgend welche Arbeit das Mindestmaß der örtlichen Rente zu erwerben. Es ist dabei auf die Arbeitsgelegenheit gar keine Rücksicht genommen, es genügt diese geringe Arbeitsfähigkeit, um den Bezug der Rente auszuschließen.

Diese Bestimmung ist wohl nächst der zu niedrigen Rente die härteste und die am meisten angefochtene von Seiten der Arbeiter. Sie bewirkt nämlich, daß das ganze Gesetz, selbst wenn es eine höhere Rente bieten würde, für die meisten Arbeiter wertlos wäre.

Ein Arbeiter hat schon lange, bevor er dieses Mindestmaß der Erwerbsfähigkeit erreicht, keine Beschäftigung, durch die er versicherungspflichtig wird, mehr erhalten können, er ist schon lange vorher theilweise oder ganz Almosenempfänger geworden. Da mit dem Erlöschen der Versicherungspflicht aber alle Ansprüche erlöschen, so hat er auf die Rente keine Anwartschaft mehr, wenn endlich diese niedrigste Stufe der Erwerbsfähigkeit erreicht ist.

Ueber diesen Punkt drücken sich die Kartellblätter alle hinweg. Die „R. Z.“ mit Stillschweigen, der „S. R.“ mit einer Unwahrheit. Die Rente kann eigentlich nur derjenige erhalten, der durch eine Krankheit oder durch einen Unfall, der kein Betriebsunfall ist, plötzlich bei voller Kraft seine Arbeitsfähigkeit vollständig verliert.

Die Fabriken und Werkstätten nehmen schon einen älteren Arbeiter nicht mehr auf, wer wird einen Arbeiter beschäftigen, der vielleicht nur noch zur Hälfte oder zu einem Drittel arbeitsfähig ist? Es bieten sich ja junge und frische Kräfte nicht nur hinreichend, sondern übermäßig an.

Also den Arbeitern bietet der veränderte Entwurf nichts Annehmbareres als der erst veröffentlichte. Die Klasseneinteilung der Rente ist ebenso schablonenhaft, als wie es die frühere, allgemein gleiche Rente war. Wenn früher das ganze Land über einen Ramm geschoren wurde, so ist es jetzt noch immer jeder Ort. Alle Berliner z. B. erhalten dieselbe Rente und zahlen denselben Beitrag. Auf ihre persönlichen Verhältnisse ist gar keine Rücksicht genommen. Der Arbeiter mit 3—400 Mark Einkommen und weniger ist ebenso belastet wie der, welcher 2000 Mark Jahreseinkommen hat. Was im ganzen Lande Unfug war, wird in einer Stadt nicht Weisheit. Was für das ganze Land als ungerecht und undurchführbar erkannt wurde, ist für unsere großen Städte ebenso unpraktisch und ungerechtfertigt.

Die Arbeiter werden sich durch diese Abänderungen des Gesetzentwurfes, die in den Hauptsachen Alles beim Alten lassen, die die zu niedrige Rente, die über die Armenunterstützung nicht hinausgeht, und die schablonenhafte Gleichmacherei bestehen lassen, nicht für irgendwie befriedigt erklären können, ganz abgesehen davon, daß die Veränderung, wie in diesem Blatte schon zahlenmäßig bewiesen ist (S. Nr. 46) einer Herabsetzung der Rente im Ganzen gleichkommt.

Wenn die „R. Z.“ meint, die Rente ließe sich vielleicht steigern, wenn die Industrie es einmal ohne Gefahr tragen könne, so können wir auf diese Bertröstung einfach

gar nichts geben. Die „Industrie“, d. h. der Profit der Fabrikbesitzer wird immer behaupten, für die von ihr maßlos ausgepreßten und ausgenutzten Kräfte nichts weiter thun zu können, als sie eben auf die Straße zu werfen. Wenn wir darauf warten sollen, bis diese Männer kommen werden und sagen: Jetzt können wir den Arbeitern mehr geben! — dann würden wir nach tausend Jahren noch gerade da stehen, wo wir heute stehen. Der Druck der Arbeiterbewegung ist es, der dieses Gesetz wie die vorhergegangenen gezeitigt hat. Daß man in diesem Gesetz mit solchem winzigen Angebot kommt, zeigt, daß man den ganzen Ernst der Lage noch nicht begreift, daß man den Druck der Arbeiterbewegung noch nicht stark genug fühlt. Wie die Arbeiterbewegung wachsen wird, wird auch die Ansicht darüber sich verbessern, was „die Industrie tragen kann“. Wenn wir in späteren Zeiten mehr erlangen werden, wird es nicht die Großmuth, sondern die Angst sein, die es gewährt. Ohne Druck ist nichts zu erreichen, das wissen die Arbeiter schon lange. Ob ein solches Verhalten von Seiten der bürgerlichen Kreise ein kluges ist, das mögen sie mit sich ausmachen, wir erwarten es nicht anders. Schließlich ist es uns so recht. Solche karglichen Gaben zeigen dem Arbeiter gebieterisch seine Pflicht, dahin zu streben, daß eine Wirtschaftsordnung eingeführt wird, bei der die Arbeit endlich zu dem ihr zustehenden Recht gelangt. Die heutige Wirtschaftsweise wird ihm nie mehr bieten können als so klägliche Almosen, wie der vorliegende Gesetzentwurf. Sie ist unfähig mehr zu bieten. Das wissen wir!

Neben dem ungenügenden Inhalte des Gesetzes in Bezug auf Höhe und Gewährung der Alters- und Invaliden-Rente war es noch besonders das Quittungsbuch, das die Arbeiter mit einer seltenen Einmüthigkeit als vollständig unannehmbar erklärten.

Der Bundesrath hat auf diese allgemein sich erhebende Arbeiterstimme gar nichts gegeben. Sie ist ganz unbeachtet verhallt.

Als schneidenden Hohn müssen es die Arbeiter aber empfinden, wenn ihnen von Seiten der „Kölnischen Zeitung“ Folgendes zugerufen wird:

„Lebhafter Widerspruch ist namentlich aus Arbeiterkreisen gegen die Art der Entrichtung der Arbeiterbeiträge, gegen das Quittungsbuch erhoben worden, in welchem man ein verwickeltes Arbeitsbuch erkennen will. Wir glauben, daß die ehrlichen und braven Arbeiter das Arbeitsbuch gar nicht scheuen und daß sie in ihr Quittungsbuch berechtigten Stolz setzen werden. Die Aufregung gegen letzteres ist ein wenig künstlich gemacht worden. Auch untersagt das Gesetz ausdrücklich jede Eintragung in das Quittungsbuch außer der Unbrauchbarmachung der Marken. Wir halten also gerade vom Standpunkt der Arbeiter das Quittungsbuch für etwas ganz Unverfängliches. Andererseits haben aber auch schon an vielen Orten die Arbeitgeber erklärt, daß sie gar kein Interesse an den Quittungsbüchern haben, und so würden wir — um den Agitatoren die Möglichkeit zu benehmen, die Arbeiter gegen das zu ihrem Heile zu schaffende Gesetz aufzuhetzen — jede Maßregel befürworten, welche das Quittungsbuch überflüssig machte. Wir müssen aber gesehen, daß einfache und praktische Vorschläge zum Ersatz des Quittungsbuches noch nicht vorliegen. Werden sie gemacht, so ist ihre Annahme ganz sicher.“

Hört ihr Arbeiter, die ihr laut und einmüthig gegen das Quittungsbuch protestirt, ihr seid weder „ehrlich noch brav.“ Mit solchen Ueberehkeiten, solchem frivolsten Leichtsinne werden die schwer wiegenden Gründe, die sehr begründeten Einwendungen, die ihr gegen das Quittungsbuch erhoben habt, abgefertigt. Mit der heuchlerischen Miene eines Bauernjägers, der die Unschuld des Kummelblättchenspiels dem arglosen Reisenden erklärt, wird da gesagt: „Eintragungen“ sind ja verboten, was kann euch denn dabei geschehen? Von den „Kennzeichnungen“ hat der Wiedermann nie etwas gehört, so etwas kann ja gar nicht vorkommen. Unternehmer haben freilich in einer Versammlung in Berlin erklärt, sie legten auf das Quittungsbuch keinen Werth, sie haben an demselben kein Interesse. Gerade dieser Beschluß erkennt aber geradezu an, daß in dem Quittungsbuche etwas liegt, woran die Unternehmer wohl ein Interesse haben könnten, auch die „R. Z.“ selbst erkennt es ja als ein Arbeitsbuch an,

denn weshalb sollte es sonst für den „braven und ehrlichen“ Arbeiter ein Gegenstand des Stolzes sein, wenn es ihn nicht „kennzeichnet“?

Die Großindustriellen, von deren Vertretung der angezogene Beschluß gefaßt wurde, haben freilich an einem Arbeitsbuch, das zur Kennzeichnung der Arbeiter zu benutzen ist, nur ein geringeres Interesse. Sie besitzen andere, ebenso wirksame Mittel zur Vernechtung der Arbeiter. Wir haben ja gesehen, wie sich dazu ein Strich oder zwei Häkchen in einem „Abrechnungsbuch“ sehr gut benutzen lassen. Zwischen den Leitern der großen Fabriken in einem engeren Bezirk ist leicht ein Uebereinkommen herzustellen. Außerdem ist die Großindustrie überhaupt leicht anständiger gegen die Arbeiter als die Kleinmeistererei, die ganz darauf angewiesen ist, ihr schwer bedrohtes Dasein auf Kosten der Arbeiter noch eine Spanne Zeit zu erhalten. Da liegt die Gefahr, da sind die Personen, die auf das Arbeitsbuch nur warten, um es ohne Scham und Scheu auszunutzen, um so mehr, da die „Kennzeichnung“ der Arbeiter im Quittungsbuch nicht verboten ist. Der Vertreter dieser arbeitsfeindlichen Unternehmungen, der Herr Adermann hat es ja offen ausgesprochen, daß man ein Arbeitsbuch wünscht, um die schwarzen Listen zu erstellen. Diesen bietet sich das Quittungsbuch als schweres Mittel zur Schädigung der Arbeiter. Glaubt die „R. Z.“ wirklich über solche Thatfachen so leichten Kaufes wegzukommen mit der faulen Redensart: man mache andere Vorschläge?

Warum nicht? Gründung einer Alters- und Invalidenversicherung von Staatswegen auf einen Zuschlag zur Einkommensteuer. Das ist ein sehr einfacher und sehr praktischer Vorschlag.

Anschluß der Alters- und Invalidenversicherung an die Krankenversicherung. Da ist ein anderer Vorschlag, auch sehr praktisch und sehr einfach.

Wenn ein System notwendig auf einen so kolossalen Fehler, wie auf das Quittungsbuch führt, so ist es ohne Umstände zu verwerfen.

Möge man sich nicht täuschen. Für das Linsengericht dieser Alters- und Invalidenversicherung werden sich die Arbeiter das Quittungsbuch nicht auflegen lassen. Sie werden, wie sie es viel tausendstimmig ausgesprochen haben, lieber auf die ganze Alters- und Invalidenversicherung verzichten.

Lieber die ganze Alters- und Invalidenversicherung verwerfen, als sie mit dem Quittungsbuch den Arbeitern auflegen!

Die Bauern und die Sozialdemokratie.

Die Arbeiterklasse ist und bleibt der Träger der sozialistischen Bewegung, diese wird stets im Wesentlichen eine Arbeiterbewegung sein.

Aber die Klasse der industriellen Lohnarbeiter ist nicht die einzige, die in einem Gegensatz zur Kapitalistenklasse steht. Für Bauern und Handwerker bedeutet die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, das Bedeihen der Kapitalistenklasse, geradezu den Ruin. Niemals ist das deutlicher zu Tage getreten, als im letzten Jahrzehnt.

Die Folge davon ist eine kräftige kapitalistenfeindliche Agitation im Kleinbürger- und Kleinbauernthum, eine Agitation, die an Kraft immer zunimmt, und deren Bedeutung keineswegs unterschätzt werden darf. Vorläufig wirkt dieselbe freilich reaktionär, da sie die Erhaltung und Förderung veralteter Betriebsformen anstrebt und vom Standpunkt der Klasseninteressen, die sie vertritt, auch anstreben muß. Der einzelne Handwerker und Bauer kann sich über diese Beschränkung erheben und sich der vorwärtstrebenden Sozialdemokratie anschließen, aber er kann dies nur durch eine gewisse Gedankenarbeit; dadurch, daß er erkennt, daß die heutige Produktionsweise Handwerker und Bauern später doch ins Proletariat stößt, daß er demnach die eigene Lage oder die Lage seiner Kinder in der Zukunft verbessern hilft, wenn er die Klasseninteressen des Proletariats vertritt.

Es ist nicht zu erwarten, daß sich, namentlich unter den Bauern, allzu viele finden werden, die, diesem Gedankengange folgend, sich der Sozialdemokratie anschließen. Die Mehrheit der Bauern dürfte stets, so lange überhaupt eine Bauernklasse existiert, auf deren Klassenstandpunkt im beschränkten Sinne stehen, der nicht den Uebergang zu einer höheren Produktionsweise verlangt, sondern die Erhaltung der bäuerlichen Betriebsweise.

Es ist nun die Frage, ob die Sozialdemokratie in einem unüberwindlichen Widerspruch zu der Bauernbewegung steht, die immer mächtiger anwächst, mit andern Worten, ob die Klasseninteressen der industriellen Lohnarbeiter in nie zu überbrückendem Gegensatz zu denen der Bauern stehen.

Beim ersten Anblick scheint es so: Die Interessen der ersteren erfordern die Verstaatlichung oder besser gesagt, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, also auch des Grund und Bodens. Der heutige bäuerliche Betrieb ist dagegen mit dem Privateigentum an Grund und Boden eng verbunden, oder genauer gesagt, mit dem Privateigentum an Haus, Hof und Feld, nicht aber an Wald und Weide. Hier scheint ein Widerspruch vorzuliegen, und in der That will der Bauer von der Sozialdemokratie, welche Vorteile immer ihm diese bieten mag, in der Regel deshalb nichts wissen, weil er fürchtet, sie wollen ihm seinen Grundbesitz nehmen.

Es kann uns nicht etwa einfallen, der Arbeiterklasse Vorschriften darüber geben zu wollen, wie sie sich den Bauern gegenüber zu verhalten hat, wenn sie einmal in

den Besitz der politischen Macht kommt — das hängt von den Umständen ab, unter denen das geschieht, nicht zum geringsten von der Haltung der Bauern selbst. Wir wollen nur untersuchen, ob das Festhalten der Bauern am Privateigentum, an Grund und Boden, unverträglich ist mit dem Bestreben der Arbeiterklasse, die Produktionsmittel, also auch Grund und Boden zu verstaatlichen.

Faßt man die Frage juristisch auf, als bloße Eigentumsfrage, dann ist der Widerspruch unlösbar. Privateigentum und Gemeineigentum an Grund und Boden sind unvereinbar. Anders gestaltet sich jedoch die Sache, wenn man die Frage vom ökonomischen Standpunkte betrachtet, nicht als Sache des Rechts, sondern als Produktionsweise.

Die Frage ist dann nicht die, ob das Privateigentum oder Gemeineigentum „gerecht“ ist, sondern die, ob das Festhalten der Bauern an ihrer Betriebsweise den Uebergang zur sozialistischen Produktionsweise unmöglich macht.

Die kapitalistische Produktionsweise hat den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln getrennt. Der Besitzer der Produktionsmittel und der Arbeiter sind zwei verschiedene Personen geworden. Ersterer kauft dem Letzteren seine Arbeitskraft ab und wendet sie nach Belieben an, stets in einer Weise, daß der Werth des Produktes, das der Arbeiter schafft, größer ist als der Werth der Arbeitskraft, die der Arbeiter bei der Arbeit ausgiebt. Dieser Werthüberschuß, der „Mehrwert“ fällt dem Kapitalisten zu und bildet die verschiedenen Formen arbeitslosen Einkommens in der modernen Gesellschaft — des Zinses, Profits und der Grundrente. Die moderne Großindustrie steigert die Produktivität, die Schaffenskraft der Arbeit ins Riesenhafte, ohne den Arbeitslohn — den Preis der Arbeitskraft — auch nur einigermaßen zu erhöhen. Die Folge ist auf der einen Seite, daß die Arbeiterklasse sich immer mehr ausgeschlossen sieht von den Errungenschaften der Kultur; auf der anderen Seite, daß die Produktion immer leichter die Bedürfnisse des Marktes überschreitet, daß Krisen entstehen, bis schließlich die Ueberproduktion eine unheilbare wird. Die gesammte Produktionsweise gerät in Unordnung, Unsicherheit ergreift alle Kreise und die Unzufriedenheit mit der bestehenden Produktionsweise bleibt nicht mehr auf die Arbeiterklasse beschränkt, wenn auch diese unter dem wirtschaftlichen Niedergang am meisten leidet.

Diese ökonomische Situation verlangt dringend, was auch die Interessen der Arbeiterklasse erheischen, eine Regelung der Produktion, eine Aufhebung der „Freiheit“ der Kapitalisten, ihr Eigentum nach Belieben zu verwenden; sie verlangt aber auch die Aufhebung der Trennung des Produzenten vom Produktionsmittel. Die Produktionsmittel sind aber unter der kapitalistischen Großindustrie so ungeheuer umfangreich und kostspielig geworden, daß sie nur gesellschaftlich benützt werden können. Heute schon ist jeder kapitalistische Betrieb ein gesellschaftlicher, ein für viele Arbeiter gemeinsamer; nur gehört das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit nicht der Gesellschaft, sondern einem Einzelnen, dem Besitzer des Betriebes, dem Kapitalisten. Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit unter der kapitalistischen Produktionsweise und ihre ungeheure Produktivkraft, die ein planloses Arbeiten verbietet — beide machen es notwendig, den Arbeiter in der Weise zum Besitzer des Produktionsmittels zu machen, daß man die gesammte Arbeiterklasse zum Besitzer sämtlicher Produktionsmittel macht, soweit diese gesellschaftlicher Produktion dienen.

Die ökonomische Entwicklung fordert die Verstaatlichung der kapitalistischen Großbetriebe, der Eisenbahnen, Fabriken, Bergwerke, der großen Landgüter u. s. w., nicht aber die Verstaatlichung kleiner Werkstätten und Bauernwirtschaften, wo der Einzelne noch immer einzeln arbeitet, nicht in Gesellschaft vieler Anderer. Die Verstaatlichung der Kleinbetriebe wäre nicht nur nicht notwendig, sondern vielfach einfach undurchführbar. Die industriellen Kleinbetriebe dürften auch ohne staatlichen Zwang bald verschwinden, da Niemand ein solcher Narr sein wird, sich in einer engen Werkstatt mit elenden Werkzeugen mit kläglichem Erfolg zu plagen, wenn er in großen, lustigen Räumen bei kurzer Arbeitszeit ein bequemes Auskommen findet.

Andererseits auf dem flachen Lande. Der Bauer hängt zäh an seinem Grund und Boden; noch giebt es zahlreiche abgelegene Gegenden, in denen der Einfluß der kapitalistischen Produktionsweise sich wenig merksam gemacht hat. Die Bauern in der Nähe der Städte und der großen Landgüter, die meist ohnehin proletarisirt sind, dürften, angezogen durch die Vorteile der gesellschaftlichen Produktion, die sie vor Augen haben, sich bald derselben zuwenden.

Die sozialistische Produktionsweise bietet aber auch denjenigen Bauern Vorteile, die, noch nicht ganz oder halb proletarisirt, an ihrem Grundeigentum festhalten.

Sie bietet ihnen nicht bloß die Vorteile der Demokratie, Erleichterung der Militärdienst, Verminderung unnützer staatlicher Aufwandes und dergleichen Vorteile, die heute nur die Sozialdemokratie bringen kann, da die bürgerliche Demokratie längst zu schwach oder zu feig geworden, als daß von ihr etwas Ernstliches zu erwarten wäre. Sie bietet noch weitere, größere Vorteile für den Bauer, die er außer ihr nicht erwarten kann, da die Rückkehr zu urwüchsigem Zuständen unmöglich ist.

Zu den Missethungen, unter denen der Bauer heute leidet, gehören die Verschuldung, die hohen Hypothekenzinsen und Steuern, die in barem Gelde zu entrichten

sind; das Schwanken der Preise und des Absatzes; der Mangel an guten Produktionsmitteln, Maschinen, Dünger u. s. w., sowie endlich die Verödung des flachen Landes. Alles das hört in einer sozialistischen Gesellschaft auf. Der Staat übernimmt, wie alles andere Kapital so auch das Wucherkapital. Er findet sich mit den Hypothekengläubigern in irgend einer Weise ab, und verringert diese Hypotheken, sowie die Steuern so viel als möglich.

Aber nicht nur das. Heute müssen dieselben in Geld gezahlt werden; der Bauer muß nicht bloß Getreide erzeugen, er muß es auch verkauft haben, wenn er seinen Verbindlichkeiten nachkommen soll. Das ist unter der heutigen Produktionsweise nicht zu ändern. Ein sozialistisches Gemeinwesen bedarf dagegen das Geld des Bauern nicht. Ein solches Gemeinwesen würde die Hypothekenzinsen und Steuern, soweit es sie bestehen läßt, in Naturlieferungen verwandeln. Gleichzeitig würde aber auch der Staat dem Bauern den Absatz seiner Produkte sichern. Wie die anderen kapitalistischen Funktionen würde er auch den Lebensmittelhandel übernehmen, soweit die Reste der Waarenproduktion im In- und Ausland es noch notwendig machen. Das sozialistische Gemeinwesen wäre aber im Stande, Alles, was der Bauer produziert, ihm abzukaufen oder abzutauschen. Denn der Bedarf von Lebensmitteln in einem solchen Gemeinwesen muß ein ganz anderer sein als heutzutage. Das Volk wird sich besser nähren und die Lebensmittelverfälschung aufhören: der Bauer gewinnt also im Staate eine sichere und stetige Kundenschaft.

Der große Bedarf an Lebensmitteln, den ein sozialistisches Gemeinwesen namentlich im Anfang haben wird, wo es plötzlich heißen wird, große Massen Halbverhungerten zu sättigen, wird aber auch den Staat veranlassen, von Eingriffen in die Landwirtschaft abzusehen, welche die Lebensmittelproduktion gefährden könnten. Der Arbeiter wird den Bauer brauchen, um vollauf Nahrung zu erhalten. Weit entfernt, diesen von Haus und Hof zu jagen, wird er vielmehr dahin trachten, daß er bleibt, wo er ist, daß es ihm wohl gehe und daß seine Arbeit so produktiv als möglich sei.

Ein Staatswesen, in dem die Arbeiterklasse die politische Macht besitzt, wird nicht bloß die Lasten der Bauern verringern, wird nicht bloß den Absatz der Produkte sichern und regeln, es wird auch alles aufbieten, ihnen die Produktion zu erleichtern. Die Dünger- und Maschinenfabriken des Staates werden die Bauerngemeinden mit den nötigen Hilfsmitteln versehen.

Endlich wird aber in einem sozialistischen Gemeinwesen auch die Wanderung vom Dorf in die Stadt aufhören. Nur in dieser findet sich heute noch die Möglichkeit (wenn auch nicht große Wahrscheinlichkeit) für mittellose Leute, fortzukommen, Geld zu verdienen. In ihr allein sind jene Errungenschaften der Kultur zu finden, deren Werth mitunter höchst zweifelhaft ist, an denen theilzunehmen aber einmal die Verhältnisse Jeden drängen, der nicht stupid oder blasirt, überhaupt genussfähig ist. Immer mehr ziehen die intelligenten und energischen Elemente vom flachen Land in die Städte; eine Gegend, die die Eisenbahn erreicht, entvölkert auf diese Weise rasch. Nur die Dummen und die Arbeitsunfähigen bleiben zurück, Mangel an Arbeitskräften tritt ein, der mit zum Rückgang der Landwirtschaft beiträgt. Das ist unter den heutigen Verhältnissen nicht zu ändern. Alle Versuche, die Arbeitskräfte an das flache Land zu fesseln, schlagen heute in ihr Gegenteil um, da sie denselben den Aufenthaltsort vollends verleben.

Sobald die Produktion organisiert ist und das Hasten und Jagen nach Arbeit und Gewinn aufhört, sobald der Handel es nicht mehr notwendig macht, daß große Waaren- und Menschenmassen sich an wenigen Punkten konzentrieren, werden die Großstädte überflüssig und die Rückwanderung der Menschen auf das flache Land kann beginnen. Die Landwirtschaft wird wieder Arbeitskräfte bekommen und — Dünger.

Freilich wird der Charakter der Landwirtschaft dann auch sich wesentlich ändern, denn mit den Industriearbeitern wird auch die Großindustrie auf das flache Land verlegt, dieses wird der modernen Kultur erschlossen werden. Der Bauer und der Industriearbeiter werden einander näher treten, sie werden immer mehr mit einander und für einander arbeiten, bis schließlich auch der Bauer völlig in den Bereich der sozialistischen Produktionsweise gelangt ist.

Aber er wird nicht ein Proletarier, wie heute, sobald ihn die herrschende Produktionsweise erfasst. Jeder Schritt, den er unter der Herrschaft der sozialistischen Produktionsweise näher an diese heran thut, ist ein Fortschritt zum Besseren, bedeutet eine Hebung seiner Lage. Der Sieg der Sozialdemokratie bedeutet nicht die Vernichtung, sondern die Kräftigung des Bauernstandes, eine Kräftigung, die ihn befähigt, aus sich selbst ohne schmerzhaften Uebergang, wie heute, die Elemente einer höheren Produktionsweise zu entwickeln.

Die Bauern haben also bei einem Sieg der Sozialdemokratie nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Wenn die Arbeiter einmal in den Besitz der politischen Macht kommen sollten, dürften sie etwas Geschickteres zu thun haben, als die Bauern zu expropriieren.

Die Arbeiter werden die Bauern brauchen, diese aber auch die Arbeiter; sie thun daher gut, nicht mit Misstrauen auf dieselben herabzusehen.

Wir erwarten nicht, daß in Folge von theoretischen Auseinandersetzungen die Bauern sich der Sozialdemokratie anschließen werden. Jede Klasse hat ihre eigenen Interessen zu vertreten, ihren eigenen Klassenkampf zu kämpfen und bedarf daher einer eigenen politischen Organisation.

Die Arbeiterklasse wird, wie Eingangs betont, der Träger der sozialistischen Bewegung bleiben, der sie bisher gewesen. Aber es ist nicht gleichgültig, ob die Bauern wissen, was die Sozialdemokraten wollen oder nicht, und ob die Bauernorganisationen sich der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstellen oder eine wohlwollende Neutralität ihr gegenüber beobachten.

Es ist daher keineswegs überflüssig, wenn wir von Zeit zu Zeit erwägen, inwieweit unsere Ziele mit denen der Bauernschaft vereinbar sind, und wenn wir diese mit unseren Bestrebungen bekannt machen.

Allzugroßen Illusionen über den Erfolg dieser Tätigkeit darf man sich freilich nicht hingeben. Das Schwergewicht ist immer auf die Propaganda und die Organisation in der Arbeiterklasse zu legen, und nie dürfen wir unser Programm einer unsicheren Bundesgenossenschaft zuliebe verwässern und abschwächen.

Karl Kautsky.

Der „Mutterberuf“ der Frau.

Aus Frauentreffen.

I.

In den vorausgegangenen Artikeln über die veränderte Stellung und Rolle der Frau ward der Nachweis geführt, daß die ökonomischen Verhältnisse die Wirksamkeit der ehemaligen „Hausfrau“ zu einem wirtschaftlichen Anachronismus gemacht, daß dieselben die Tätigkeit und Interessen des weiblichen Geschlechts aus der Familie in die Gesellschaft verlegt haben.

Wir hatten dabei die Funktion der „Hausfrau“ nur von der ökonomischen Seite her im Auge und ließen den zweiten, vom dichtenden und philosophierenden Spießbürgerthum besungenen „Naturberuf“ der Frau „als Mutter der Kinder, die lehret den Mädchen und wehret den Knaben“ außer dem Spiel.

„Die Frau muß ihren Mutterpflichten, sie muß den Kindern erhalten bleiben“, unter diesem Schrei wird vielfach der Kreuzzug gegen die Emanzipationsbestrebungen des weiblichen Geschlechts gepredigt. Mit der feinen Widerspruch duldenden Erklärung, daß der natürliche Beruf der Frau die Mutterpflicht, die Erziehung der Kinder ist, glaubt man jeden Anspruch auf Pflichten und Rechte der Frau innerhalb der Gesellschaft von vornherein todzuschlagen, und zwar doppelt todzuschlagen, nämlich mit „moralischen Gründen.“

Der Philister liebt bekanntlich nichts so sehr, als wie unbequeme Thatsachen und Erscheinungen mit „moralischen Gründen“ abzuwehren. „Moralische Gründe“ sind klebsam, dazu billig wie Brombeeren und bequem, sie entheben des Nachdenkens und ermöglichen hübsch klingende Gemeinplätze. Die bürgerliche Moral ist der Wästenjand, in welchen Vogel Strauß den Kopf versteckt, sie muß auch in letzter Linie herhalten, wenn es gilt, die Frau an's Haus zu fesseln.

Bei Dekretierung des „Naturberufs“ der Frau, Kinder zu gebären und zu erziehen, kommen natürlich die Tausende und Abertausende von Frauen, die nie in die Lage oder Möglichkeit versetzt sind, Mutterpflichten zu üben, gar nicht in Betracht. Und doch ist deren Zahl, Dank den gesellschaftlichen Zuständen, im fortwährenden Steigen begriffen, und die Frage nach Beruf und Erwerb ist eine Lebensfrage für sie. In Folge der Kriege, welche viele Tausende von jungen Männern hinwegraffen, noch mehr in Folge der immer größer werdenden Schwierigkeiten, einen Hausstand zu gründen, nimmt die Zahl der Ehen ab, der wirtschaftliche Nothstand, die Eigentums- und Erwerbsverhältnisse führen auch innerhalb der Ehe vielfach zur Enthaltung von Kindererzeugung, die schlechte physische Entwicklung — meist auch eine Folge der gesellschaftlichen Zustände — macht es vielen Frauen unmöglich, Kinder oder wenigstens gesunde, lebensfähige Kinder zu gebären. Mit welchem Rechte also für alle diese Frauen eine Regel erklären, welcher die Vorbedingung fehlt?

Andrerseits, ist die Frau, welche als Mutter im Kreise von Kindern steht, wirklich eine Erzieherin und kann sie es unter den heutigen Verhältnissen sein?

Werfen wir einen Blick in die Familien der oberen Zehntausend, so finden wir, daß die Ausübung des „Naturberufs“ seitens der Frau gewöhnlich darin besteht, daß dieselbe dem Entwicklungsgange der Kinder entsprechend eine Reihe von fremden Kräften, von physischen und geistigen Lohnarbeitern bezahlt, auf welche sie alle „Mutterpflichten“ abwälzt, dabei meist herzlich bedauernd, daß sie nicht auch den unangenehmen Gebärtsakt auf Miethspersonen abwälzen kann. Auf die Amme folgt die Bonne oder Kindergärtnerin, dann kommen Erzieher und Erziehertinnen, Lehrer und Lehrerinnen. Die körperliche, geistige und moralische Entwicklung des Kindes ist infolge der günstigen materiellen Verhältnisse Fachleuten anvertraut, und die Mutterpflichten beschränken sich darauf, diese Fachleute zu wählen, zu bezahlen, eventuell auch zu beaufsichtigen. Nur in seltenen Fällen übt in den betreffenden Kreisen die Mutter einen direkten Einfluß auf die Entwicklung ihrer Kinder aus, und noch seltener ist dieser Einfluß ein verständiger und günstig erzieherischer.

Das, was in der Großbourgeoisie der Ueberfluß bewirkt, das bringt in dem Proletariat die Noth zu Stande. Je geringer und unsicherer der Verdienst des Mannes wird, je mehr es ein eisernes Gebot der Nothwendigkeit ist, daß die Frau erwerbend auftritt, um die Existenzkosten der Familie decken zu helfen, um so weniger ist es ihr auch möglich, ihren Kindern zu leben, sich mit deren Erziehung zu befassen.

Die materiellen Verhältnisse haben also in den oberen wie in den niederen Schichten die gleiche Tendenz betätigt: sie haben die Erziehung der Kinder der Mutter aus den Händen genommen, die Erziehung ist in der Hauptsache nicht mehr das Werk und die Aufgabe der durch Familienbände verknüpften Personen, sondern von außer der Familie Stehenden, auch oft außer ihr Lebenden. Die neuen Produktionsbedingungen haben die Frau nicht nur der häuslichen Arbeit, sie haben sie auch bereits zu einem guten Theil der Kindererziehung entzogen, und das gezeitigte Resultat ist für die Frau der Bourgeoisie wie für die Proletarierin das gleiche.

In der Folge zeigt sich jedoch der nämliche tiefgreifende Unterschied wie zwischen dem luxuriösen Mäßiggehe der Ersteren und der erdrückenden Ueberarbeit der Letzteren. Die Frau des Kapitalisten kann für Erziehung ihrer Nachkommen geeignete Stellvertreter, trefflich ausgebildete Erzieher und Lehrer vom Fach wählen, deren Wirken ihre eigene Leistungsfähigkeit vielleicht weit in den Schatten stellt, die Kinder entwickeln sich unter günstigen Vorbedingungen.

Wie ganz anders liegen die Dinge für die Arbeiterfrau! Der Erzieher ihrer Kinder heißt fast unvermeidlich: der Zufall, die einzig konsequent auf ihre Entwicklung einwirkende Schule, die Noth. Die Frau des Reichen, welche dem Kinde ihre Brust vorenthält, um nicht die Schönheit ihrer Formen zu beeinträchtigen, läßt dem Säugling durch die „kräftige Amme vom Lande“ eine gesündere Milch reichen, als ihr eigener, durch die Sünden der Väter verdorbener Organismus erzeugen könnte. Die Personen, welche die weitere Entwicklung des Kindes überwachen und leiten, sind durch besondere Ausbildung für ihren Beruf vorbereitet. Die Arbeiterfrau hingegen kann in der Regel nicht daran denken, ihrem Kinde einen gleichwertigen Ersatz für die eigene Pflege zu bieten. Verhindert nicht Krankheit oder schlechte Ernährung, das Kind an der Mutterbrust aufzuziehen, so erheben die Erwerbsverhältnisse ihren Einspruch dagegen. Vielleicht muß sich die Mutter sogar als Amme an Fremde verdingen, aber noch weit häufiger ruft sie der schrille Schrei der Dampfpfeife, wenn kaum der Tag graut, in die Fabrik. Sie bleibt den langen Arbeitstag über an die Maschine geschmiedet, nur in den knapp bemessenen Mittagspausen die Zeit findend, nach Hause zu gehen — den günstigen Fall vorausgesetzt, daß sie nahe genug wohnt — um einen flüchtigen Blick auf das Kind zu werfen, ihm Nahrung zu reichen.

In der Zwischenzeit ist das Kleine der Sorge eines etwas älteren Geschwisters, dem guten Willen einer Nachbarin überlassen, vielleicht auch einer anderen bezahlten Person, welche das Aufpäppeln als Geschäft betreibt und „Engel macht“. Damit der kleine Schreihals so lange als möglich ruhig liegen bleibt, erhält er den üblichen schmutzigen Lutschtbeutel in's Mündchen gestopft, wenn ihm nicht gar die Nahrung mit narkotischen, Tod oder Alldürm nach sich ziehenden Mitteln versetzt wird, damit er „recht fest und recht gut schläft“. An Stelle der Muttermilch tritt dünne, verfälschte Kuhmilch und allerhand „Kindernährmittel“, von denen günstigsten Falles gilt, daß sie nicht geradezu wie Gift auf den zarten kindlichen Organismus einwirken. Mit der übrigen Pflege des Säuglings, mit der Beobachtung der hygienischen und Reinlichkeitsvorschriften sieht es der Ernährung entsprechend aus. Glücklicherweise, wenn der Arbeiterin eine gute Krippe oder Kleinkinderbewahranstalt zur Verfügung steht, in welche das Kind aufgenommen werden kann.

In das Säuglingsalter überschritten, so bleibt das Kind der sehr bedenklichen Beaufsichtigung durch Geschwister und Bekannte anvertraut oder auch ohne jede Ueberwachung, mit unbeschränkter Freiheit, sich zu verbrennen, in's Wasser zu fallen, aus dem Fenster zu stürzen. Vielleicht kann es in eine Kinderbewahranstalt, in einen Kindergarten eintreten, aus dem es dann in die Volksschule gelangt. Die Mutter arhmet beruhigt auf, sie hat die Ueberzeugung, daß sich ihr Kind wenigstens für so und so viel Stunden unter Aufsicht befindet, daß die Gefahr, Schaden zu nehmen, in etwas vermindert ist. Volksschülerbewahranstalten und Volksschulen bieten zwar den Kindern keineswegs das, was sie bieten sollten, und sie werden es im Klassenstaate auch nie bieten, allein für die Proletarierin ist schon das Eine von Bedeutung, die Aufsicht, behufs Verhütung des größten Schadens.

Die Regel in den einschlägigen Kreisen ist, daß die Mutter nicht diejenige Art der Pflege und Erziehung wählen kann, welche ihr für die Entwicklung des Kindes am geeignetsten scheint, sondern diejenige wählen muß, welche ihr am billigsten zu stehen kommt und ihr die meiste Zeit für den Erwerb frei läßt. Sie selbst kann auf die Entwicklung ihres Kindes nur Einfluß üben in den kurzen Pausen der Arbeitszeit, nach dem Feierabend, an Sonn- und Festtagen — wenn es nicht Ueber- und Sonntagsarbeit giebt. Ihr Körper ist abgeradert, ihr Geist von Sorgen gequält, in den Feierstunden wartet ihrer gewöhnlich eine doppelte Arbeitslast, es gilt das während der Brotarbeit an der Hausarbeit Versäumte nachzuholen. Wie soll die Frau dann noch in der Lage und Verfassung sein, günstig auf die Entwicklung ihrer Kinder einzuwirken?

Bleibt noch der biedere gute Mittelstand übrig, dieses Karitätenkabinet für alle längst überlebten Einrichtungen, deren Hüter von Begriffen und Zuständen, die unseren Großvätern theuer und heilig waren. Aber die Verhältnisse des Mittelstandes sind in keiner Beziehung maßgebend. Das Kleinbürgerthum ist unrettbar dem Untergange verfallen und muß, mit Ausnahme weniger

seiner Glieder, die sich in die Bourgeoisie erheben, in's Proletariat versinken. Die Frauen der bessergestellten Kleinbürger suchen sich in Nachaffung ihrer Schwestern der Großbourgeoisie der Erziehung der Kinder thunlichst zu entledigen. Das Gros der Kleinbürgerinnen dagegen wird durch die Nothwendigkeit eines Nebenberufs als Näherin, Stickerin, Lehrerin so ziemlich in die gleiche Lage versetzt wie die Arbeiterfrau. Pflege und Erziehung der Kinder entschlüpft also auch in diesem Stande immer mehr den Händen der Mutter.

Der internationale Gewerkschaftskongress in London.

Seit Jahren bereits befinden sich die scheinbar so festgefühten englischen Gewerkschaften (Trades Unions) in einer tiefen inneren Gährung. Die Elite der englischen Arbeiterklasse umfassend und darum mit reichen Mitteln ausgerüstet, nur die „gelernte“ Arbeit vertretend und darum keiner maßlosen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarke preisgegeben wie die Angehörigen derjenigen Berufe, für die rasch jeder arbeitsfähige Mann, oder sogar Frau und Kind eingelernt werden kann — noch dazu lange Zeit von dem einzig dastehenden Aufschwung der englischen Industrie begünstigt, hatten die Trades Unions große Erfolge im Lohnkampfe zu verzeichnen und sie glaubten, alle ihre Interessen genügend wahren zu können, wenn nur der Lohnkampf vollständig frei, nicht durch Gesetze oder behördliche Eingriffe gehemmt sei. Die englischen Gewerkschaften wollten daher an dem grundlegenden Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit nichts durch staatliche Reformen geändert sehen, sie wollten auch fernerhin, um den Lohn, die Arbeitszeit und die sonstigen Arbeitsbedingungen festzustellen, an dem „freien Vertrag“, der „freien Konkurrenz“ zwischen Kapitalist und Arbeiter festhalten, weil sie sich stark genug fühlten, durch die Macht ihrer Verbände dem Arbeitsvertrag einen Inhalt zu geben, der für den Arbeiter durchaus zufriedenstellend wäre.

Wir brauchen unseren Lesern kaum noch des Breiteren auseinanderzusetzen, warum dieser Standpunkt mit der Zeit immer mehr hinter der wirklichen wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt. Je mehr die moderne Großindustrie sich ausbreitet, desto schwächer wird die Position des „gelernten“ Arbeiters, desto leichter ist er durch den rasch herangezogenen ungelerten Arbeiter ersetzt. Die Abstraktionen, die Arbeiterentlassungen nehmen immer mehr überhand, die Zeiten des Aufschwunges und der Blüthe schwinden immer rascher zusammen, so daß der bloße Lohnkampf immer schwieriger und ergebnisloser wird. Das haben auch die englischen Gewerkschaften an ihrem eigenen Fleische erfahren: von Jahr zu Jahr sind ihre Kassen immer schwerer durch die Unterstüßungen an Arbeitslose belastet worden, so daß der Lohnkampf sich darum schon mehr und mehr verbot, weil die Gelder dazu zu fehlen beginnen.

Was nun? — Vor dieser Frage stehen die Trades Unions schon seit Jahren unentschlossen. Die Führer, die Mitglieder des „Parlamentarischen Komitees“, die Leiter der Kongresse werden von den bürgerlichen Parteien auf jede Weise umworben, um die Verbände in der alten, für das Kapital unschädlichen Bahn zu erhalten, und sie thun das auch, theils aus mangelndem Verständniß für die gänzlich veränderten Forderungen einer neuen Zeit, theils aus Liebedienerei gegen die maßgebenden Größen und Parteien des Tages. Unten aber, in den Tiefen, macht sich eine ganz entgegengesetzte Strömung bemerkbar, welche die Ausschließlichkeit des bloßen Lohnkampfes bei der unverändert fortbestehenden Wirtschaftsordnung betont, welche daher nicht mehr auf dem Wege des „freien Vertrages“ zwischen Kapital und Arbeit, sondern auf dem Wege der gesetzlichen Einschränkung der Kapitalsübermacht die Sache des Proletariats fördern will. Diese Richtung will die Arbeiterklasse nicht bloß gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisirt sehen, um durch eine weitblickende und weitgehende Arbeiterschutzeinrichtung das zu erreichen, was auf die alte Weise nicht mehr errungen werden kann.

Bei diesem Zweifeln und Schwanken setzten beide streitenden Theile große Hoffnungen auf den beschlossenen internationalen Arbeiterkongress. Die alten „Schwanzpolitiker“, welche eine besondere Arbeiterpartei nicht wünschten, rechneten auf diese Zustimmung der ausländischen Delegirten und spekulirten darauf, daß diese Zustimmung die ihnen feindliche „sozialistische“ Minorität auf Jahre hinaus zur Einflußlosigkeit herabdrücken würde: und ebenso erwarteten die sozialistisch angehauchten Trades Unions von dem Kongress zweifellos eine Stärkung ihrer Richtung.

Zunächst schien sich alles günstig für die Führer anzulassen. Sie hatten die Einladungsbedingungen abzufassen und sie wußten dieselben so engherzig und einschränkend zu gestalten, daß dasjenige Land, dessen Arbeiter am folgerichtigsten sozialistisch denken gelernt haben — daß Deutschland gar nicht vertreten sein konnte.

Nur als Vertreter gewählte Mitglieder der Gewerkschaften sollten das Recht haben, in London zu erscheinen und an den Sitzungen theilzunehmen. Nun können die deutschen Fachvereine nicht einmal zu allgemeinen Kongressen in Deutschland Vertreter entsenden, wenn „politische“ Fragen zur Erörterung stehen. Thun sie das, so werden sie seitens der Behörden und Gerichte als „politische Vereine“ erklärt und aufgelöst, weil sie durch den allgemeinen Kongress „mit einander in Verbindung getreten“ sind. Dieses Schicksal würde ihnen natürlich erst recht bevorstehen, wenn sie gar mit ausländischen Vereinsdelegirten

zur Berathung politischer Maßnahmen zusammen tagen wollten.

In gleicher Weise muß sich Oesterreich fernhalten, und da die deutsche Sozialdemokratie einen Aufruf an alle Länder erließ, den Londoner Kongress überhaupt nicht zu beschicken, so blieben auch die Schweiz, Nordamerika, Schweden und Spanien fern.

Trotzdem nahmen die Verhandlungen einen ganz anderen Verlauf, als es nach diesen „Erfolgen“ des parlamentarischen Komitees scheinen mußte.

Der Kongress verhandelte über die Organisation der Arbeiter und er erklärte, daß dieselbe nicht nur eine gewerkschaftliche, sondern auch eine politische sein müsse, eine Organisation des Klassenkampfes gegen das Kapital, um die endgiltige Befreiung der Arbeit vorzubereiten. Der Kongress lehnte die Resolution des Schotten Keir Hardie ab und nahm dafür den Antrag des französischen Sozialisten André Gely an! England stand allein mit seiner Entscheidung, fünf Länder sprachen sich gegen das bisherige Verhalten der Trades Unions aus!

Ähnlich bei den Beratungen über die Arbeitszeit. Auch hier war England für Beschränkung der übermäßigen Arbeitsstunden durch rein gewerkschaftliches Vorgehen und hier schloß sich ihm merkwürdigerweise Italien (Vertreter Lazzari) an. Die vier anderen Nationen waren aber für den gesetzlichen Normalarbeitstag, und da nach Nationen abgestimmt, jeder Nation eine Stimme zuertheilt wurde, so entschied sich demnach der Kongress für den gesetzlichen Normalarbeitstag.

Während schien es, als sollten die Delegirten resultatlos auseinandergehen, so heftig plähten die Gegensätze auseinander. Das parlamentarische Komitee schien es auch

geradezu auf einen Bruch abgesehen zu haben, um sich seiner Niederlage zu entziehen. Das alles glückte jedoch nicht und die Schläge, welche es erhielt, werden zweifellos noch lange in den Trades Unions nachklingern.

Der Bann ist gebrochen, welcher bisher noch immer auf den wirklich fortgeschrittenen Elementen der englischen Gewerkschaften lastete. Sie haben Führung gewonnen mit der kontinentalen Arbeiterbewegung, sie haben neue Kraft gezogen aus der Zustimmung fast aller ausländischen Vertreter. Ihre Gegner aber, die verzopften und korrumpirten Freunde der Gladstone und Salisbury, haben fühlen müssen, wie die wirklich zielbewußte Arbeiterschaft bereits über ihren Standpunkt hinausgeschritten ist, und der Eindruck dieser Wahrnehmung auf ihre Anhängerschaft wird nicht ausbleiben, die Zerlegung der Trades Unions wird fortschreiten und die neue Richtung wird über die alten Führer hinwegschreiten, wenn sie sich den neuen Verhältnissen nicht anzupassen verstehen.

Sonst leistete der Kongress vielleicht nicht ganz das, was man von ihm erwartete. Am Dienstag, den 6. November, trat er zusammen, am Sonnabend schloß er bereits seine Sitzungen, und bis Donnerstag Mittag verbrachte er seine Zeit mit der Prüfung der Mandate und der Berlebung einzelner Berichte über die Lage der Arbeiter in verschiedenen Ländern. Das war ein schwerer Fehler, der in künftigen Fällen sicherlich vermieden werden wird. So hätten wir denn nur noch zu bemerken, daß allgemein das Fernbleiben Deutschlands bedauert wurde, daß man für alle Länder vollständige Koalitions- und Vereinsfreiheit für Arbeiter forderte, und daß man in einer Erklärung gegen alle Völkerverträge und für ein internationales Schiedsgericht die Solidarität der Arbeiter aller Länder anerkannte.

Arbeiterversicherung und Armenwesen.

Herr v. Bötticher beiritt jüngst im Reichstage, daß die Regierungen selber die ganze heutige Sozialreform als eine bloße Verbesserung des Armenwesens betrachtet hätten.

Wir haben schon seit Jahren öfter, auch in diesem Blatte, die Sache klargestellt und wiederholen daher einfach folgende Worte aus den Motiven, mit welchen die Reichsregierung die erste Unfallversicherungsvorlage beim Reichstage einführte:

In Wahrheit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche für Verbesserung der Lage der bedürftigen Klassen ergriffen werden können, nur um eine würdigere Ausgestaltung der staatlichen Armenpflege und um eine Weiterentwicklung der dieser bereits zu Grunde liegenden Idee.

Das genügt hoffentlich auch für Herrn v. Bötticher, der ja, wie er sagt, alle Arbeiterblätter liest.

Briefkasten.

Wegen Erkrankung unseres Redakteurs mußten wir das zusammenfassende Referat über die Sitzungen und Vorlagen des Reichstages bis zur nächsten Nummer zurückstellen.

Berlin. Herr Sch. hat in Parteireisen schon oft erklärt, daß er eine Berliner Kandidatur für den Reichstag nicht anzunehmen gedenkt. Auch bei Abgeordneten hat er hier keinen Zweifel gelassen, so z. B. dem Abg. S. gegenüber, als dieser mit ihm vor einem Jahre über die notwendige Neubesehung des 2. Berliner Kreises sprach. Sie sind also falsch berichtet. Die Erhaltung des Vertrauens der Arbeiter, daß ihm bei seiner Berliner Wirksamkeit jede persönliche Nebenabsicht fehlt, erscheint Herrn Sch. viel wichtiger, wie diese kleinliche Bemerkung. Darum die Ablehnung, von der abzugehen wir auch heute noch gar keinen Grund sehen.

Nachruß.

Allen Freunden und Bekannten meines mir verstorbenen Mannes sage ich für die Beihilfe bei seiner Beerdigung meinen innigsten Dank.
Frau Bertha Trumpf nebst Tochter.
Südbahnhof 4.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager,
empfiehlt
E. Wilschke,

Fünferstr. 1. Ecke d. Markgrafenstr.

Roh-Tabak!

Sumatra a 200 Pf., best mit 2 Pfd.
Java reines Unblatt 85 u. 90 Pf.
Domingo Unblatt 90 Pf.
Carmen Unblatt 90 Pf.
sowie alle in- und ausländischen Sorten in
billigster Preislage empfiehlt

H. Herholz,
Brunnenstrasse 145.

Schürzen!

Allen geehrten Freunden theile ich hierdurch mit, daß ich hierorts eine Schürzenfabrik errichtet habe. Ich empfehle: Kinderschürzen für jedes Alter, Schürzen für junge Mädchen, Schürzen für Damen, Wirtschaftsschürzen etc. etc. Waschdicke Stoffe und gutes Sigen garantiert. Ich verende dieselben nach allen Orten Deutschlands, bei Aufnahme im Betrage von 10 Mk. franco gegen Nachnahme. Bei Kinderschürzen genügt die Angabe des Alters. Preisliste gratis und franko.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, jeden Besteller und Bestellerin zufrieden zu stellen, und bitte mein Unternehmen freundschaftlich zu unterstützen.

Wittwe Max Kayser,
Dresden, Neustadt, Louisestr. 84.

Cigarren u. Tabake

reichhaltiges Lager
von
C. Klein.

15. Ritterstraße 15.

Dieselbst Zahlstelle der Gürtler u. Bronceure (G.H. 60.)



Quittungsmarken &
Kautschukstempel-Fabrik
von
Conrad Müller



Schkenditz-Leipzig
empfiehlt sich allen Arbeitervereinen,
Krankenkassen u. f. w.
Ausführung sauber und schnell.
Preislisten gratis und franko.

Allen Freunden u. Bekannten empfehle mein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.

Billard, 2 heizbare Regelbahnen.
Johann Gnadt,
Brunnenstr. 38.

Freundliche Schlafstelle f. anständigen Herrn
oder Dame, Dieffenbachstr. 28, III., b. Lorenz.

Anerkannt bestes Festgeschenk für unsere Kinder:

Illustrierter deutscher Jugendschatz

Eine Festgabe

für Knaben, Jünglinge, Mädchen, Jungfrauen.

15 Bogen hochelegant gebunden M. 3.

Das vorliegende Buch dient lediglich der Aufklärung und hält sich fern von allem bigotten und verdummenden Treiben, dem wir so oft in den deutschen Jugendschriften begegnen. Dass man gleichwohl allem Guten, Edeln und Schönen gerecht werden, dass man alle Saiten des menschlichen Herzens auch ohne solche Zuthat anschlagen könne — dass ist der Inhalt des Buches vollgültigster Zeuge: Das hoffen wir getrost.

Verlag von R. Thiele, Leipzig, Leplaystr. 12.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte
Uhrenfabrik

von

Max Busse

157. Invaliden-Strasse 157,
neben der Markthalle.

verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet.

Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von

Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren

zu sabelhaft billigen Preisen.

Spezialität: Ringe.

Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Neu! Der Volksfreund Neu!

gehalten wie die Neue Welt.

Die französische Revolution von W. Bloß.

liefert die Buchhandlung von

R. Kohlhardt, Brandenburgstrasse 56

frei ins Haus.

Grosse öffentliche Versammlung sämmtlicher Tischler Berlins.

Am Montag, den 3. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal Sanssouci, Kottbuserstraße 4 a.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung der am 9. April gewählten Kommission über die freiwillig gesammelten Beiträge für die Kollegen der Städte Solingen, Halberstadt und Hamburg.
 2. Bericht über die Thätigkeit der Kommission und Mandatsniederlegung derselben.
 3. Wie stellen sich die Tischler Berlins zu dem in diesem Jahre zu Braunschweig stattfindenden allgemeinen deutschen Tischler-Kongress.
- Um zahlreiches Erscheinen erucht
-
- Der Einberufer.

Für die beiden Zerichower Kreise

nimmt Abonnements auf die

„Berliner Volkstribüne“

entgegen und erwartet recht zahlreiche Bestellungen

H. Pohlmann,

Burg bei Magdeburg,
Al. Hof 6.

Unterstützungsverein der Maurer

im Westen Berlins.

Dienstag, den 4. Dezember, Abends 8 Uhr,

im Lokal Franz, Kurfürstenstraße 31.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Ortsklassen und freie Hilfsklassen.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes in Vereinsangelegenheiten.
- Um recht zahlreiches Erscheinen erucht
-
- Der Vorstand.

Königsberg i. Pr.

Abonnements für die „Berliner Volks-

Tribüne“ übernimmt

Frau Godau, Polnische Gasse 10.

Der Arbeitsnachweis des Vereins

zur Regelung der gewerblichen

Verhältnisse der Töpfer Berlins

befindet sich Klosterstraße 98 im Lokal des Herrn

Peterjohn (Firma Pettig). Die Arbeitszuweisung

ist unentgeltlich, auch an Nichtvereins-

mitglieder und geschieht an Wochentagen von

7—9 Uhr Abends, Sonntags von 10 bis 12 Uhr

Vormittags.

Das Arbeitsnachweisebureau

des Fachvereins der Tapezierer Berlins,
bisher Seydelstr. 16, befindet sich vom 1. Dezbr.

ab im Restaurant Freigang, Schützen-

straße 18—19.
Büreaustunden wie bisher.

Oeffentliche

Schneiderversammlung

Montag, den 3. Dezember,

Abends 8 1/2 Uhr,

im Louisenstädtischen Konzerthaus,

Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstagsabgeordneten

Herrn N. Frohme.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Einberufer.

Grosse öffentliche

Schuhmacherversammlung.

Montag, den 3. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,

in den Bürgerkälen,

Dresdenerstr. 96.

Tages-Ordnung:

Die Beitragspflicht der außerhalb der

Zunung stehenden Schuhmacher Berlins

zu den Kosten der Zunung.

Der Einberufer.

Grosse öffentliche

Arbeiterinnenversammlung

Donnerstag, den 6. Dezember,

Abends 8 1/2 Uhr,

bei Meiß's, Weberstraße 17.

Tagesordnung:

Der Stand der Arbeiterinnenbewegung.

Die Einberuferin:

Antonie Leuschner.

Verband deutscher Mechaniker

und verwandter Berufsgenossen.

(Zahlstelle Berlin.)

Versammlung

am Mittwoch, d. 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,

bei Lammers, Kommandantenstr. 71—72.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Venkendorf.

2. Diskussion.

3. Berathung über die vom Magistrat einge-

sendeten Fragebogen.

4. Verschiedenes.

5. Fragekasten.

Aufnahme neuer Mitglieder.

Gäste willkommen.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Berein der Sattler

und Fachgenossen.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, den 4. Dezember,

in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Heisch über: „Die

Uebelstände der heutigen Produktionsweise.

2. Besprechung über die Statistik in unserem

Gewerk.

3. Verschiedenes.

4. Fragekasten.

Um zahlreichen Erscheinen erucht

Der Vorstand.

Vereinigung der Drechsler

Deutschlands.

(Ortsverwaltung Berlin.)

Der Arbeitsnachweis

verbunden mit Verkehrslokal und Herberge

befindet sich im Restaurant, Klosterstr. 98.

Die Ausgabe der Adressen findet statt: an den

Wochentagen von 8 1/2—9 1/2 Uhr und Sonntag

Vormittag von 10—11 Uhr — unentgeltlich

für Mitglieder, desgl. für Nichtmitglieder der

Vereinigung. Wir eruchen um rege Benutzung

des Arbeitsnachweises; gewissenhafte Leitung ist

unsere Pflicht!

Die Arbeitsvermittlungskommission.

Begräbnis.

Ein Wintermorgen war es, nebelnd, schneidend, zog ein Begräbnis durch den Schnee daher. Hier ruh'ge Gesellen trugen den Sarg, Der einen jungen Kameraden barg. Der ward durch raschen Tod im Hospital Befreit von einem Leben voller Qual. Zum Friedhof gings hinaus im flüchtigen Schritt, kein Kreuz war zu seh'n, kein Priester ging mit. Nicht Vater, nicht Mutter, nicht Kranz und Flor, Die Raben nur krächzten den Leichenchor. Am Grabe sprach Einer ein Weibchen noch Von Freiheit, von Gleichheit und Menschenjoch. Dann senkte den Sarg man in's Grab hinein Und schlug drauf gar eilig den Heimweg ein. Doch als sich das häßliche Menschlein vor, Wankte ein Mädchen durchs Kirchhofsthor. Warf ein paar Blumen dem Todten hinab, Weinte noch lange am offenen Grab.

Gg. Schaumberg.

[Nachdruck verboten.]

Aus dem Zuchthaus entlassen.

Nach dem Französischen des A. Theuriet.
Uebersetzt von G. B.

Am Vorabend des Sankt-Nuprechtstages, spät am Nachmittage drehte sich das Thor des Zuchthaus zu B. schwerfällig und kreischend in seinen Angeln. Zu gewöhnlich und widerwillig schien es der Frau Durchgang zu gewähren, die langsam und schüchtern auf die Straße trat. Sie mochte wohl dreißig Jahre zählen und trug ein abgefärbtes Wollkleid; das bunte um den Kopf geschlungene Tuch war tief in die Stirn gerückt und rahmte ein Gesicht ein, das bleich und aufgedunsen die Spuren des Gefängnisregime's trug. Die Frau war joeben aus dem Zuchthaus entlassen worden. Die Kameradinnen im Zuchthaus nannten sie kurzweg die „Wasserpöladin.“ Wegen Kindesmord verurtheilt war sie genau heut vor sechs Jahren in das Zuchthaus gebracht worden. Jetzt war sie endlich frei. Sie hatte ihre armseligen Kleider zurückerhalten, sich die ersparten Groschen im Bureau auszahlen lassen und befand sich nun außerhalb der Gefängnismauern. Der ihr zugestellten Marschroute nach, mußte sie sich nach L. begeben. Die Post nach L. war bereits abgefahren. Schüchtern und linksch holperte die Frau dem Gasthofe des Fleckens zu und verlangte mit zitternder Stimme eine Nachtherberge. Der Gasthof war überfüllt, und der Wirth, dem wenig genug an „derart Gelichter“ gelegen war, rief ihr, bis zu der am anderen Ende des Ortes gelegenen Schenke zu gehen.

Durch den abweisenden Bescheid noch unbeholfener und ängstlicher gemacht, ging die „Wasserpöladin“ ihres Weges weiter, um in der Schenke Unterkunft zu suchen, die eigentlich nur eine Trinkstube für die in der Nähe beschäftigten Erdarbeiter war. Die Schenkenthür murrte sie mißtrauisch vom Kopfe bis zum Fuße, witterte in der Fragenden sofort die Zuchthauslerin und schickte dieselbe schließlich unter dem Vorwande fort, daß sie Niemand beherbergen könne. Die Wasserpöladin wagte nicht länger zu bitten, gesenkten Hauptes entfernte sie sich, aber in ihrem Innern stieg dumpfer Haß gegen die Gesellschaft auf, welche sie mittheilslos von sich stieß. Ihr blieb nichts Anderes übrig, als L. zu Fuß zu gewinnen. Die Nacht brach schnell herein und hüllte die einsam dahin Wandernde in tiefes Dunkel. Wie ein grauer, endloser Streifen zog sich die Landstraße durch den Wald, ein rauher, durchdringender Nordwind rüttelte die Bäume und wirbelte Haufen abgestorbener Blätter am Boden dahin.

Die Frau hatte während der sechs Jahre Haft mit ihrer sitzenden Lebensweise das Gehen fast verlernt. Die Kniegelenke waren ihr wie zusammengeschnürt, die neuen Schuhe drückten die Füße, welche seit langem nur an weite Holzschuhe gewöhnt waren. Sie hatte kaum eine Meile zurückgelegt, so fühlte sie sich todmüde, und die mit Blasen bedeckten Füße weigerten sich, sie weiter zu tragen. Vor Kälte zitternd sank sie auf einem Meilenstein zusammen und frug sich, ob sie hier, in der Nacht, vor Hunger und Frost wie ein räudiger Hund verrecken sollte. — Da plötzlich schien sie durch die Windstöße einen schleppenden Gesang zu vernehmen; sie lauschte aufmerksam nach der Richtung, aus welcher die Töne klangen, und unterschied eines jener eintönigen Wiegenlieder, mit denen man Kinder in den Schlaf singt.

Wie elektrisirt stand die Frau auf und ging, einen Seitenpfad einschlagend, der Stimme nach. An einer Biegung des Weges schimmerte ihr durch die Bäume ein röthlicher Lichtschein entgegen und bald darauf stand sie vor einer armseligen Hütte, mit Rasenschollen bedecktes Dach sich an die Felswand lehnte. Aus dem einzigen Fenster der Hütte schimmerte der Lichtstrahl, welcher die „Wasserpöladin“ hierher geleitet hatte. Mit angstvoll klopfendem Herzen blieb diese stehen und entschloß sich nur zögernd, zu klopfen. Der Gesang verstummte, und gleich darauf erschien auf der Schwelle eine Frau, welche

ungefähr das gleiche Alter wie die „Wasserpöladin“ haben mochte, aber von Arbeit und Noth vor der Zeit gealtert war. Die in Lumpen um sie hängende Jacke zeigte die runzlige, erdfarbene, sonnenverbrannte Haut, die rothen Haare quollen in verwirrten, zerzausten Strähnen unter dem Kopfstuch hervor, und die grauen Augen schauten mit unverhohlenem Erstaunen auf die Fremde, deren Erscheinung zu dieser Stunde, an diesem Orte, etwas Ungewöhnliches an sich hatte.

„Guten Abend“, sagte sie, während sie die Dellampe in die Höhe hob, „was wollt Ihr hier?“

„Ich kann nicht weiter“, murmelte die Wasserpöladin mit fast schluchzender Stimme. „Die Stadt ist weit, und wenn Ihr mich für diese Nacht behalten wolltet, wäre mir geholfen. . . . Ich habe Geld, ich kann Euch für die Umstände, die ich Euch mache, bezahlen.“

„Kommt herein“, sagte die Bewohnerin der Hütte nach einem Augenblick des Zögerns. „Warum habt Ihr nicht in B. übernachtet?“

„Niemand wollte mich behalten“, antwortete die Wasserpöladin, und mit gesenktem Blicke setzte sie hinzu: „denn seht, ich . . . ich bin aus dem Zuchthaus entlassen, und da haben die Leute kein Vertrauen zu unsereins.“

„Ach so! . . . Nun kommt nur herein. Ich hab' keine Angst. Ich hab ja nie etwas Anderes als Elend gehabt, was sollt Ihr mir da stehlen? Kann man es über sein Gewissen bringen, einem Christenmenschen bei solcher Kälte die Thüre vor der Nase zuzuschlagen? . . . Gleich mach' ich Euch ein Bett aus Haidekraut.“

Die Frau holte aus einem Verschlag nebenan Haufen von dünnem Haidekraut, die sie neben dem Kamin in einer Ecke der Hütte ausbreitete.

„Ihr wohnt ganz allein hier?“ frug schüchtern die Wasserpöladin.

„Ja, mit meinem Göhr zusammen, die halb sieben Jahre alt ist“, erwiderte die Frau. „Ich schlage uns so mit Arbeit im Walde durch.“

„Euer Mann ist todt?“ erkundigte sich die Zuchthauslerin weiter.

„Ich hab' nie einen Mann gehabt“, gab die „Beerenschristel“ rauh zur Antwort. . . . „Das arme Göhr hat keinen Vater. . . . Was wollt Ihr? . . . Jeder hat sein Päckchen zu tragen. . . . Da ist Euer Bett fertig, und hier habt Ihr ein paar Erdäpfel, die uns vom Abendessen übrig geblieben sind. Das ist Alles, mehr hab ich nicht.“

Ihre Reden wurden durch eine Kinderstimme unterbrochen, die aus einem dunklen, von dem Hauptraum der Hütte mittels einer dünnen Bretterwand getrennten Verschlage nach der Mutter rief.

„Gute Nacht!“, sagte sie noch hinzu. „Ich muß zu der Kleinen gehen. Das Göhr hat Angst. . . . Seht, daß Ihr gut schlaf.“

Damit ergriff sie die Lampe und suchte den Verschlag auf, die Wasserpöladin im Dunkel zurücklassend.

Nachdem dieselbe gegessen, streckte sie sich auf dem Haidekraut aus und versuchte, die Augen zu schließen. Aber der Schlummer kam nicht. Durch die Bretterwand hindurch hörte sie, wie die „Beerenschristel“ halbblaut mit ihrer Kleinen plauderte, welche die Ankunft der Fremden im Schlafe gestört hatte, und die nun nicht wieder einschlafen konnte. Die Beerenschristel häßelte und liebte das Kind, sie herzte und küßte es, und die naiven Ausdrücke der Mutterliebe ergriffen die Wasserpöladin sonderbar in tiefster Seele.

Die Aeußerungen von Zärtlichkeit, deren Zeuge sie ward, zwinkten in ihrem Herzen neuen unklaren mütterlichen Instincten. Sie dachte an das neugeborene Kind, das sie vor sechs Jahren erstickt hatte, sie dachte daran, daß „wenn die Sache nicht übel ausgelaufen wäre“, ihr Kleiner jetzt das Alter des Mädchens nebenan haben müßte. Dieser Gedanke und der Klang der Kinderstimme ließen sie bis in ihr Innerstes erbeben, sie war wehmüthig gerührt und hatte große Lust, in Thränen auszubrechen.

„Schlaf, schlaf, mein Göhr“, sagte die Beerenschristel. „Wenn Du artig bist, bringt Dir Knecht Nuprecht schöne Sachen.“

„Der Knecht Nuprecht hat die artigen Kinder gern, gelt Mutter?“ sagte das Kind.

„Ja, ja, mein Göhr.“

„Ist es auch wahr, daß er morgen den Kindern Spielsachen bringt?“

„Ja, manchmal.“

„Warum hat er denn mir noch niemals welche gebracht?“

„Wir wohnen zu weit — und dann sind wir auch zu arm.“

„Er bringt also nur den Reichen Spielsachen? Das ist nicht gut. Warum bringt er den armen Kindern Nichts? Ich möchte auch gern Spielsachen haben.“

„Vielleicht bringt er Dir auch Etwas, wenn Du artig bist. . . . Schlaf artig ein, dann bringt er Dir vielleicht Etwas zum Spielen.“

„Mutter, ich will schlafen. . . . damit mir Knecht Nuprecht morgen Etwas bringt.“

Es ward still. Nur gleichmäßige und leichte Athemzüge tönten durch den Raum. Das Kind schlief, die Mutter auch. Nur die Wasserpöladin schlief nicht. Ein süßes und zugleich schmerzlich beklemmendes Gefühl hielt sie bis

zum Morgen wach; sie dachte mehr als je an das kleine Wesen, das sie erstickt hatte. Als kaum der Morgen graute, und Mutter und Kind noch eng aneinander geschmiegt schliefen, schlüpfte die Wasserpöladin verstohlen aus der Hütte, schlug eilig den Weg nach B. ein und stand erst einen Augenblick still, als sie die ersten Häuser des Fleckens vor sich sah. Langsam, die Ladenschilde musternd, ging sie durch die einzige Straße des Ortes. Endlich schien sie gefunden zu haben, was sie suchte. Sie klopfte an die noch geschlossenen Läden eines Weißwaarengeschäfts und ließ sich öffnen. Die Krämerin hielt neben Zwirnen, Nadeln, Stoffen, Bijouterien auch Spielsachen, verlegene Puppen, Archen Noah, Schäfereien, Bauernhöfe. Zum größten Erstaunen der Frau kaufte die Wasserpöladin sämtliche Spielsachen auf, bezahlte alles baar und ging eilig fort.

Sie war wieder auf dem Wege zur einsamen Hütte im Walde, als sich eine Hand schwer auf ihre Schulter legte. Sie drehte sich um und fuhr erschreckt zusammen, denn vor ihr stand ein Gensdarm. Die Unglückliche hatte vergessen, daß es den entlassenen Sträflingen verboten ist, sich in der Nähe des Zuchthaus aufzuhalten.

„Anstatt Dich hier herumzutreiben, solltest Du schon in L. sein“, sagte streng der Gensdarm. „March, auf den Weg!“

Die Wasserpöladin wollte die Sache erklären, aber das war vergebene Mühe. . . . Im Handumdrehen war ein Wagen requirirt, die Frau mußte unter Eskorte eines Gensdarmen darin Platz nehmen und fort ging die Fahrt im Galopp.

Der Wagen holperte über die gefrorene Landstraße dahin, während die arme Wasserpöladin das Paket Spielsachen in den steifen Händen hin- und herdrückte. An einer Biegung des Weges zweigte der Fußpfad ab, welcher nach der Hütte ihrer Gastfreundin führte. Als die Wasserpöladin die Stelle erkannte, fühlte sie ihr Herz stürmisch klopfen, und sie flehte den Gensdarm an, sie aussteigen zu lassen, sie mußte Etwas bei der Frau besorgen, die zwei Schritte von hier im Walde wohnte. Sie bat so inständig und eindringlich, daß der Gensdarm sich rühren ließ. Das Pferd ward schnell an einen Baum gebunden, und Zuchthauslerin und Gensdarm schlugen den Seitenweg ein. — Vor der Thür der Hütte spaltete die Beerenschristel Brennholz. Als sie ihren Besuch in Begleitung eines Gensdarmen vor sich sah, blieb sie mit offenem Munde und herabhängenden Armen stehen.

„Still“, sagte die Wasserpöladin, „schläft die Kleine noch?“

„Ja, . . . aber . . .“
„So tragt ihr leise diese Spielsachen aufs Bett und sagt ihr, daß Knecht Nuprecht sie gebracht habe. . . . Ich war nach B. zurückgegangen, um das Zeug zu kaufen, aber wie es scheint, darf ich dort nicht mehr hin, ich werde nach L. gebracht.“

„Heilige Mutter Gottes“, rief die Beerenschristel verwundert aus.

„Still, still“, erwiderte die Wasserpöladin leise und wendete sich der Hütte zu.

Von dem Gensdarm gefolgt, traten sie zusammen an das armselige Bett. Die Wasserpöladin legte behutsam Puppen, Arche Noah und Schäferei auf das Bett, küßte den entblößten Arm des Kindes, und sich zu ihrem Begleiter wendend, der verstohlen mit dem Handrücken über die Augen fuhr, sagte sie fast fröhlich:

„Nun können wir weiter.“

Kapitalistische „Freiheit“ und sozialistischer „Zwang“.

Aus Studentenkreisen.

Schon viele gläubige Geistliche haben sich über die Sozialdemokratie ausgesprochen und zumeist in ihr den für das Ende der Welt geweissagten Antichrist gesehen.

Der Stimme eines Predigers in der Wüste vergleichbar ist es, wenn einmal ein Gottesmann es wagt, die Sozialisten nicht gleich von vorn herein als Söhne der Hölle zu verfluchen, und ihnen doch wenigstens noch milderer Gütes nachzusagen. So hat sich vor einigen Jahren der Abt Uhlhorn in Hannover, wie es scheint in einer Versammlung von Geistlichen, in einem Vortrage über „Sozialismus und Christenthum“ vernehmen lassen, und ist darin dem Sozialismus bis auf einen Hauptpunkt, der den hochwürdigen Abt denn auch zum Gegner des Sozialismus macht, ziemlich gerecht geworden.

Er sagt zur Begründung seines Themas, daß der Sozialismus eine so bedeutsame Erscheinung der Gegenwart sei, daß Jedem, einem Geistlichen zumal, daran liegen müsse, sie richtig zu verstehen und zu beurtheilen. Dies erkennen wir an, nur meinen wir, daß der Abt seinen Geistlichen ein klägliches Armuthszeugniß ausstellt, wenn er nicht einmal von „gebildeten“ Leuten, wie es die Herren Geistlichen doch sein wollen, voraussetzen darf, daß sie wissen, was Sozialismus sei, und ferner meinen wir, daß zugleich damit ein glänzendes Zeugniß für den Arbeiter ausgesprochen ist, welcher dem weisen Herrn Pastor eine ganze Reihe recht insultriver Vorlesungen zu halten und ihm erst das Verständniß der Welt und des Lebens,

welches ohne Kenntnis der sozialen Frage unmöglich ist, zu erschließen im Stande ist.

In dem Vortrage will Abt Uhlhorn untersuchen, ob der Sozialismus dem Christentume feindlich sei, und zu dem Zwecke hat er die Lehren des Sozialismus in ihren Grundzügen zu entwickeln, und dies hat er in klarer und gemeinverständlicher Weise gethan.

J. B. setzt er das Wesen der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in folgenden Worten auseinander: „Nicht, wie früher, produziert der Einzelne was er braucht, um dann höchstens mit dem, was er überschüssig produziert, einen Tausch zu treiben, sondern der Einzelne produziert, was er nicht braucht, Tauschwerthe. Zu dieser Produktion gehört beides, Kapital und Arbeit. Die Arbeit allein kann nicht produzieren, denn es bedarf dazu der Produktionsmittel, Maschinen u. s. w. (d. h. des Kapitals). Das Kapital allein kann auch nicht produzieren, es bedarf dazu der Arbeit. Beide, Kapital und Arbeit, müssen sich zur Produktion vereinigen, aber in diesem Zusammenstreben ist das Kapital der herrschende Faktor. Ein Unternehmer oder eine Gesellschaft von Unternehmern, die im Besitz des Kapitals ist, beschafft die Produktionsmittel, dingt die Arbeiter und produziert. Die Arbeiter erhalten ihren Lohn, das Produkt der Arbeit fällt den Unternehmern zu, und der Mehrerwerb, den dieses Produkt besitzt, bildet den Unternehmergewinn. Dieser ist nicht etwa auch bloß Bezahlung für geleistete Arbeit, für die geistige Arbeit, die Leistung des Unternehmens. Nicht bloß: denn für den Fall, daß der Einzelne eine Fabrik unternimmt, steht diese Bezahlung mit darin. Aber der jetzt immer häufigere Fall, daß der Unternehmer die Fabrik durch Andere leiten läßt, die besoldet werden, zeigt, daß er nicht bloß Bezahlung für geistige Arbeit ist, sondern ein Gewinn, den das Kapital als solches macht. Das Kapital ist produktiv geworden. Der Satz des Aristoteles: „Das Geld bekommt keine Junge“ ist thatsächlich widerlegt. Ein Mensch, der Kapital besitzt, braucht gar nicht zu arbeiten, sein Kapital arbeitet für ihn. Er braucht nur sein Kapital in irgend einem Unternehmen richtig anzulegen, dann kann er ohne Arbeit den Gewinn einziehen, den sein Kapital für ihn erwirbt, er braucht nur Coupons und Dividendenscheine abzuschneiden. Das heißt, er genießt die Früchte fremder Arbeit.“

Der Abt geht dann weiter das Prinzip des Sozialismus, die Beseitigung des Privatkapitals und Ueberführung aller Produktionsmittel in Gemeinbesitz, richtig auseinander, meint dann, daß darin Manches liege, was dem Christentum entschieden näher liege, als der egoistische Kapitalismus der Gegenwart, daß es über den Sozialismus keine Glaubenslehre gebe, daß er ein nationalökonomisches Prinzip sei, der mit dem rechten Glauben nichts zu thun habe, und weist die Vorwürfe gegen den Sozialismus, daß er die Faktoren der christlichen Kultur Eigentum, Ehe, Familie u. s. w. unterbrüche, zwar als immerhin bedenklich, aber doch nicht im Prinzip des Sozialismus begründet zurück — ob mit Recht oder Unrecht, lassen wir hier dahingestellt.

Dies sind ihm alles jedoch nur Nebenfragen. Die Hauptfrage ist erst diese:

„Ist die Durchführung des Sozialismus möglich ohne Aufhebung der individuellen Freiheit? Denn das ist offenbar, hebt er die auf, so hebt er auch alle Kultur auf.“

Der Herr Abt hat damit einen Haupteinwurf gegen den Sozialismus wieder vorgebracht; und wir haben die Pflicht, ihn so viel wie möglich zu erörtern, um seine ganze Grundlosigkeit immer wieder festzustellen.

Herr Uhlhorn sagt: „Die Wirtschaft eines Volkes besteht in Produktion und Konsumtion. Produktion und Konsumtion müssen in richtigem Verhältnis zu einander stehen. Diese Ordnung macht sich jetzt, so zu sagen, von selbst, ohne daß dem Einzelnen äußerlich Zwang angethan wird, gerade diese Güter zu produzieren oder gerade diese zu konsumieren. Produktion und Konsumtion regeln sich gegenseitig, und wenn sie einmal in ein Mißverhältnis gerathen, gleicht sich das in Kurzem aus. Keiner wird gezwungen, einen bestimmten Beruf zu erwählen, Ackerbauer oder Handwerker, Schlosser oder Maurer zu werden. Bedarf die Gemeinschaft in einem Geschäftszweige mehr Arbeiter, so wird der Geschäftszweig lohnender, und sofort strömt die Arbeit dahin. Ich sage nicht, daß der Zustand, so wie er jetzt ist, ohne Mängel wäre. Die große Maschine arbeitet nicht ohne Reibung, und mancher Einzelne wird oft recht empfindlich davon gequält. Aber den großen Vorzug hat der jetzige Zustand doch, daß der Einzelne frei ist, frei in seiner Berufswahl, frei in seinem Entschlusse, was er arbeiten und was er verbrauchen will. Wohl ist Abhängigkeit da, wir alle sind vom Ganzen abhängig, aber es bedarf doch keines äußerlichen Zwanges, um den ganzen Prozeß aufrecht zu erhalten. Immer ist doch Raum da für den freien Willen und Entschlusse des Individuums.“

Diesem Urtheil über die heutige Gesellschaftsverfassung, welches ja in allen Tonarten von den Anhängern des bestehenden Systems wiederholt wird, schließt sich folgendes über die sozialistische an: „Der Sozialstaat bedarf so viel tausend Ackerbauer, so viel hundert Maurer, Schlosser u. s. w. Wenn sich nun so viele nicht finden? Wird der Sozialstaat nicht zwangsweise so und so viel zu Ackerbauern, zu Handwerkern bestimmen müssen, d. h. wird er nicht die menschliche Gesellschaft in ein Zwangsarbeitshaus verwandeln müssen, wo Jeder thun muß, was ihm befohlen wird, und jede Freiheit ein Ende hat? Die sozialistische Theorie, so wie sie jetzt ist, ist nur durchführbar

auf Kosten der individuellen Freiheit, das heißt aber auf Kosten aller Kultur.“

Diese Ausführungen des Abtes von Loccum schlagen den Thatsachen ins Gesicht, und klingen fast wie eine Ironie auf unsere Gesellschaftsordnung, da man doch nicht im Ernst annehmen kann, der Herr Abt erblicke in unseren Zuständen die goldene Freiheit, von der alte Lieder singen, und die neue Lieder als auf ewig verschwunden beklagen.

Wo bleibt die Freiheit des talentvollen Kindes des mittellosen Arbeiters, welches die hohe Schule der Wissenschaft mit mehr Erfolg als das seines reichen Nachbarn durchmachen will? Ist das Freiheit, wenn es mit unzerbrechlicher Kette an die stampfende Maschine in der dampfenden Fabrik durch die grausame Noth geschmiedet wird?

Wer wagt es zu behaupten, daß heute alle Menschen in einem ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Amte sind? Nicht bei einem Tausendstel ist es der Fall. Der Herr Abt hat ja selbst anerkannt, daß das Kapital der übermächtige Faktor im Wirtschaftsleben ist. Was soll denn die ohnmächtige Arbeit gegen diese Miesen unternehmen? Wenn sie einen eigenen Kopf zu haben wagt, läßt der Miese sie hungern, und wer hungert ist nicht frei, das möge sich der Herr Abt, welcher wahrscheinlich satt zu essen hat, merken.

Aber nicht allein der „Arbeiter“ ist an Händen und Füßen unter den heutigen Verhältnissen gebunden, auch der in den „höheren“ Regionen der menschlichen Gesellschaft Lebende. Er wagt nur einmal nach seiner Neigung den traditionellen Gewohnheiten seiner Umgebung entgegen zu treten: er ist unmöglich gemacht. Diese Ueberlegung hemmt ihn und fesselt ihn mit unzerbrechlichen Banden. Ist das Freiheit des Individuums? Wir können auch, was wahrscheinlich den Herrn Abt interessieren wird, weil es in sein Fach schlägt, mit einer langen Liste von Theologen aufwarten, welche wider ihre Ueberzeugung von ihren Eltern zu dem verhassten Studium gezwungen sind und lebenslanglich in ein Amt gezwängt werden, in welchem sie sich bis zum letzten Athemzuge unglücklich fühlen.

Wir behaupten nicht zuviel, wenn wir sagen, daß von der untersten Sprosse der Stufenleiter der heutigen Gesellschaft bis hinauf zur höchsten Alles in eiserne, starre, unbewegliche Bande geschlagen ist.

Dem gegenüber ist ein Blick auf die von uns erstrebte Gesellschaftsordnung eine wahre Erlösung. Da wird es dem Interesse der Gesamtheit entsprechen, wenn der Einzelne gemäß seiner Neigungen und Fähigkeiten beschäftigt werden kann, und der Einzelne wird sich wohl fühlen, wenn er seine individuellen Anlagen harmonisch ausgestalten kann. Die Gesellschaft würde dann geradezu einen Selbstmord begehen, wenn sie von dem Einzelnen verlangte, was ihm zuwider wäre. Sie wird namentlich dafür sorgen, daß Geist und Körper gleichmäßig ausgebildet werden, daß die höchste Ausbildung des Menschen erreicht werde. Die körperliche Arbeit wird Erholung von der geistigen sein und die geistige von der körperlichen. Die Befürchtung des Herrn Abtes, daß in irgend einem Industriezweige oder sonst wo zuviel gearbeitet werde, ist gegenstandslos, da sehr viel konsumiert werden wird, und es können noch viel, viel mal mehr Menschen auf unserer Erde, jeht so traurigen, dann aber herrlichen Erde leben, wenn sie nach dem Stande der dann höher als je lebenden Wissenschaft den Arbeitsprozeß leiten. Frieden und Freude wird dann herrschen statt wie heute Kampf und Noth. Wenn es sich ja einmal ereignen sollte, daß zuviel Menschen einem Arbeitszweige zudrängten, so werden die Ueberflüssigen vermöge ihrer Intelligenz, die auf einer nach naturgemäßen Grundsätzen geleiteten, total anderen Erziehung als heute beruht, leicht einsehen, daß sie da nicht verwandt werden können, wo sie es wohl möchten, und dann freudig dem Arbeitsfelde zuweichen, wo sie nöthiger sind.

Das ist Freiheit! Denn: Bildung und ökonomische Sicherstellung macht frei, wer aber hungert, ist nicht frei!

Zwei Frauenaufrufe.

Eine Gruppe französischer Frauenrechtlerinnen, an deren Spitze Maria Martin, Chefredakteurin der „Bürgerin“, Maria Deraiemes, Mme. Grieh-Traut u. s. w. stehen, haben eine „Liga der Frauen zu Gunsten des Friedens und der Vereinigung aller Völker“ gebildet, welche in der letzten Zeit „für Vaterland, Freiheit und Menschlichkeit“ einen Appell an die Frauen aller Nationen erlassen hat.

Nach einem Hinweis auf die von dem italienischen Sozialrevolutionär Cipriani kürzlich ins Leben gerufene „Union der lateinischen Völker“, welche einem Krieg zwischen Italien und Frankreich vorbeugen soll, fordert die Liga der Frauen das weibliche Geschlecht auf, der überall drohenden Kriegsgefahr gegenüber nicht länger in Stillschweigen zu verharren. Weniger exklusiv als die erwähnte Union richtet die Liga ihren Aufruf an die „Schwestern aller Völker, denn für das Mutterherz kann es keinen Rassenunterschied geben.“ Es heißt dann weiter:

„Alle Frauen, welche einsehen, daß der Krieg nicht nur den materiellen, sondern auch den moralischen Ruin der Familie bedeutet weil er dadurch alle Begriffe auf den Kopf stellt, daß er den Brudermord zu einer Tugend erhebt, weil er notwendiger Weise die gewaltthätigen Instinkte unserer Natur auf Kosten der edelsten Bestrebungen entwickelt, alle Mütter, welche ihre Söhne zu Bürgern und nicht zu Soldaten erziehen wollen, müssen sich der Liga anschließen und erklären, daß sie den Krieg nicht wollen.“ Die Liga legt ihren Mitgliedern keine andere Ver-

pflichtung auf, als für Aufrechterhaltung des Friedens und die Verbrüderung der Völker einzutreten, sie läßt denselben außerhalb der Verfolgung dieses Ziels jede Aktionsfreiheit und jedes politische Glaubensbekenntnis. Der Aufruf endet mit den gewiß wahren Worten: „Woher stammt der Ruf „Frieden und Arbeit“ der durch die Welt tönt? Er geht von dem Volke aus, das man in allen Ländern als den Störer der öffentlichen Ordnung hinstellen möchte.“

Angesichts dieser Lage liegt den Frauen die Pflicht ob, ihren ganzen Einfluß zu Gunsten der Gerechtigkeit, des Friedens, der Menschlichkeit in die Waagschale zu werfen.

Fast gleichzeitig mit diesem Aufrufe hat die „Gesellschaft für Verbesserung des Looses der Frau und Förderung ihrer Rechte“ eine Adresse veröffentlicht, in welcher für 1889 zur Abhaltung eines nationalen und internationalen Frauenkongresses zu Paris aufgefordert wird.

Die Adresse fährt an, daß bereits im vorigen Jahrhundert Olympie de Gouges und Rosa Lacombe zu wiederholten Malen verlangt, das weibliche Geschlecht an der Emanzipation der ganzen Nation (??) theilnehmen zu lassen, daß aber diese, wie alle ähnlichen Versuche fehlgeschlagen sind, während in England und Amerika die Frauen am kommunalen Leben theilnehmen.

Beide Schriftstücke werden natürlich von dem schreibselbigen Spießbürgerthum weidlich zu ebenso wohlfeilen als alltäglichen Wizen über die „Schrauben aller verrückter Schwächeln“ ausgenutzt.

Wir wollen nicht erst auf eine Kritik der zwar sehr humanitären, aber auch sehr einseitigen, um nicht zu sagen naiven Auffassung der Frauen- und Kriegsfrage eingehen, wie dieselbe in beiden Aufrufen zum Ausdruck gelangt. Jedenfalls erweisen sich ihre Urheberinnen nicht dümmlicher und niedriger denkend als unsere bürgerlichen Durchschnittspolitiker masculini generis. Im Gegentheil.

Fortschritte der Technik.

Aus einem Vortrage, welchen der berühmte Ingenieur Sir Fr. Bramwell zur Eröffnung der diesjährigen Versammlung der englischen „Gesellschaft zur Hebung der Wissenschaft“ (Association for the advancement of science) hielt, heben wir — nach der „Voss. Ztg.“ — kurz folgendes hervor:

Die Maschine verrichtet heute unzählige Arbeiten, zu welchen die Muskelkraft selbst von tauenden von Menschen nicht ausreichen würde.

Nehmen wir z. B. die Gascere der Alten mit ihren Ruderhäuten und vergleichen wir sie mit dem Dampfer, welcher den Ocean durchfährt. Nehmen wir ferner an, der Dampf sei nicht entbehrlich, und es müßte jener Dampfer mittelst Ruder in Bewegung gesetzt werden. Dessen Länge beträgt 200 Meter, und es gewährt demnach jeder Bord Raum für 400 Mann mit je drei Mann. Macht im Ganzen 2400 Mann. Nehmen wir ferner an, die Arbeit von je sechs Mann gleiche einer Pferdekräft, so gelangen wir zu 400 Pferdekräften. Da aber die Ruderer nicht wie die Maschine ununterbrochen arbeiten, so sind, um diese Kraftleistung zu erreichen, mindestens 4800 Mann erforderlich. Vergleichen wir nun dieses winzige Ergebnis mit den 19 500 Pferdekräften der jüngsten Schiffsmaschinen. Um eine solche Leistung zu bewerkstelligen, müßte man 24 000 Mann an Bord nehmen, und dieses Heer von Ruderern vermöchte obenin niemals dem Schiffe eine Geschwindigkeit von 20 Knoten zu verleihen. Auch würde ein Schiff von 200 Metern Länge überhaupt nicht viel über den hundertsten Theil dieser Mannschaft aufnehmen im Stande sein.

Ein anderes Beispiel, welches eben so eindringlich lehrt, daß die Maschine unendlich mehr leistet, als selbst die vereinigten Anstrengungen von Tausenden von Menschen, wie sie zur Zeit der Pharaonen üblich waren, ist das der Lokomotive. Allerdings ist der Fall denkbar, daß man einen Zug 3600 Menschen vorspannt, deren Gesamtstärke derjenigen einer Lokomotive gleichkommt. Diese nimmt aber mit ihrem Tender einen Raum von nur 45 Quadratmetern ein und legt 90 Kilometer in der Stunde zurück, während der unendliche Zug der 3600 Menschen es höchstens auf 5—6 bringen würde.

Den ungeheuren Fortschritt, welcher in einer solchen Konzentration der Kraft und in den dadurch ermöglichten Leistungen liegt, verdanken wir einzig und allein der Ingenieurkunst, d. h. der Kunst, die großen Naturkräfte zu bändigen und zu lenken.

Sir Fr. Bramwell verheißt sich in diesem, gleich allen einsichtigen Leuten, keineswegs, daß die Dampfmaschine, nach dem heutigen Stande der technischen Wissenschaften, als ein sehr unvollkommenes Betriebsmittel gelten muß. Er erinnerte daran, daß auch die vollkommenste Dampfmaschine höchstens den sechsten Theil der Kraft ausnutzt, welche in dem Brennstoffe steckt. Allerdings seien große Fortschritte auf diesem Gebiete zu verzeichnen. Die beste Watt'sche Maschine verzehre auf jede Pferdekräft und Stunde 3—4 Kilogramm Kohlen; jetzt sind wir bereits auf 925 Gramm heruntergelangt, und es giebt sogar Maschinen, welche mit 500 bis 600 Gramm, dem sechsten Theil obiger Menge, vorlieb nehmen. Teos alledem in aber und bleibt der Dampfmotor nach Bramwell ein „barbarisches Werkzeug“.

Vor sieben Jahren, bemerkte Bramwell, wagte ich in York die Prophezeiung, die Tage der Dampfmaschine seien gezählt, es sei dem — bisher nicht eingetretener — bedeutender Fortschritt in deren Bau gelangt. Wer dem hundertjährigen Jubiläum der britischen Vereinigung im Jahre 1931 beiwohnen wird, wird unsere jetzigen Maschinen in den Museen antreffen, sie als ehrwürdige, den Ingenieur vom Standpunkte der Alterthumsforschung interessirende Dinge behandeln, etwa wie wir den offenen Zylinder Newcomen's betrachten. Es sind sieben Jahre her, und ich sehe nichts, was mich veranlassen könnte, mein Wort zurückzunehmen.“

Die Frage anlangend, was an die Stelle der Dampfmaschine treten soll, so bemerkt Bramwell ganz richtig, wir hätten bereits gelernt, den Wasserdampf als Triebkraft zu entbehren. Davon zeugen unter anderem die Gasolindampfmaschine von Harrow, sowie die Gasmaschine und deren Ableger, welche eine Pferdekräft mit einem stündlichen Verbrauch von 500 Gramm Kohle leisten. Die Gasparnis aus deren Anwendung beträgt also bereits über 33 Pct. Auf die Gesamtzahl der Kraftmaschinen in der Welt übertragen macht dies bereits einen ungeheuren Minderverbrauch an Brennstoff aus.

Es verheißt sich übrigens von selbst, daß ein so geschulter Mann wie Sir Bramwell auch die Gasmaschine nicht als das letzte Werk der Entwicklung ansieht. Er hofft zuversichtlich, es werde gelingen, Elektrizität unmittelbar aus der Verbrennung der Kohle zu erzeugen und damit die Dampf- und Gasmaschinen sämtlich aus der Welt zu schaffen, sei es, daß der einzelne große

Betrieb den benötigten elektrischen Strom selbst hervorbringt, oder was noch besser, diesen aus Elektrizitätswerten bezieht.

Ueberhaupt hält er mit Recht auf den Bezug von Betriebskraft aus einer Zentralkraft große Stücke. In dieser Beziehung sind bereits bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Nicht bloß Elektrizität wird auf diese Weise allgemein zugänglich gemacht; wir besitzen bereits mehrere Anstalten, welche den Abnehmern Druckluft und Druckwasser, Dampf- und Heißwasser als Betriebskraft liefern.

Für sehr bedeutsam hält Sir Bramwell es auch, daß die neueste Londoner unterirdische Bahn nicht mit Lokomotiven, sondern elektrisch betrieben werden soll, und er hofft, dieses Beispiel werde zahlreiche Nachahmungen hervorrufen.

Bedeutend sind auch die neueren Errungenschaften der Ingenieurkunst in Bezug auf die Anwendung neuer Stoffe. Noch vor hundert Jahren verwendete man bei Bauten fast ausschließlich Stein, Basalt und Holz. Das Metall war so gut wie unbekannt. Allmählich kam mit dem Fortschreiten der Hüttenkunde das Eisen auf, welches wiederum, Dank der Verfahren von Bessemer und Siemens, neuerdings vom Stahl verdrängt wird. Mit Hilfe des Stahles, eines Materials, welches vor wenigen Jahren gleichsam ein Luxusartikel war, vermag der Ingenieur an Aufgaben heranzutreten, an die man früher nicht denken durfte. So die Fortbrücke mit ihren Spannungen von 532 Meter, so die Riesenschiffe, die Schiffschrauben und die Geschosse, welche diese Panzer durchbohren sollen.

So erstaunlich die Ergebnisse der Erzeugung des Eisens durch den Stahl bereits sind, so stehen wir doch erst am Beginn der Entwicklung. Namentlich hat es den Anschein, als werde das bisher eigentlich nur dem Namen nach bekannte Metall Aluminium künftig bei der Darstellung des Stahles eine ungewöhnlich wichtige Rolle spielen. Wiederholte Versuche haben nämlich dargelegt, daß eine im eigentlichen Sinne des Wortes homöopathische Zugabe von Aluminium nicht bloß die Härte und Widerstandskraft des Kupfers, sondern auch die des Stahls bedeutend erhöht. Auch erhält letzteres Metall dadurch, wenn polirt, Silberglanz. Diese Entdeckung würde uns aber nicht viel nützen, wenn die unermessliche Hitze des elektrischen Stromes uns nicht schon erst das Mittel an die Hand gegeben hätte, Aluminium viel wohlfeiler darzustellen als bisher, und es in beliebigen Mengen zu erzeugen.

Wann werden diese riesenhaften Fortschritte endlich zum Segen der gesammten Menschheit ausschlagen?

Das Koalitionsrecht der Arbeiter

ist in Oesterreich ebenso wenig vorhanden, wie in Deutschland. Dr. Viktor Adler schreibt darüber in seinem Wochenblatt:

Diesemgen Leute, welche die Sozialdemokraten als Aufwiegler und Umstürzler verurtheilen, welche fortwährend behaupten, eine gründliche Besserung der Lage des arbeitenden Volkes müsse auf friedlichem und gesetzmäßigem Wege bewirkt werden, verweisen die Arbeiter auf die in Oesterreich durch die Gewerkevereinigungen und die Streiks.

Ueber den Werth dieser Waffen und seine Grenzen haben wir häufig genug gesprochen, wir wissen, was sie leisten, was sie nicht leisten können. Heute handelt es sich um die Möglichkeit ihrer Handhabung.

Dieselbe Gesellschaft, welche behauptet, daß in ihr Raum sei für jede Reform, daß sie die Möglichkeit für jede Besserung des Arbeiterlooses liege, die Gewerke macht, welche Lohnverabredungen gestatten — dieselbe Gesellschaft wechselt ihre Ansicht, sobald es ernst wird. Und daß sie das kann, dafür sorgt sie vorzüglich in ihren Gesetzen.

Der Fachverein der Bäcker Wiens gedeiht, er beginnt eine Organisation dieser arbeitsüberlasteten Menschen zu werden. Die Bäckergehilfen denken nicht an den Streik, obwohl sie Grund dazu hätten. Aber die Bäckermeister denken daran. Sie fürchten sich und — die Polizei schlägt den Fachverein.

Die Buchdrucker Wiens, die politisch harmloseste Arbeiterorganisation Oesterreichs, deren Mehrzahl nicht über ihre Nase hinausieht, geschweige über den Klassenstaat hinaus denkt — diese braven Leute wollen ihre Lage verbessern. Sie stellen einen Tarif auf, sie wählen eine Kommission, ihn durchzusetzen, sie sammeln einen Fond, um ihn zu erkämpfen. Lauter Dinge, die nicht nur mit dem Gesetze, sondern mit höchst reaktionären Ansichten sehr vereinbar sind. Nicht vereinbar aber sind sie mit dem Interesse ihrer Herren, der Buchdruckerbesitzer. Zwei Jahre steht die Behörde dem Sammeln der Gelder, der Thätigkeit der Kommission zu und findet beides, wie natürlich, ganz gescheit. Nun sind 30 000 fl. beisammen; die Chefs fühlen, daß sie Grund haben, sich zu fürchten. Der Magistrat als Gewerbebehörde löst die Kommission auf, die zwei Jahre lang unter seinem Auge gearbeitet, ja, die in Anwesenheit seines Vertreters gewählt wurde. Die Statthalterei, an welche die Gehilfen sich wenden, bestätigt die Auflösung. Noch mehr, der Magistrat verlangt nun, daß die Summen, welche sich die Tausende von Arbeitern durch zwei Jahre kreuzweise vom Munde abgelargt haben, daß die Waffe, welche ihnen eine kleine Verbesserung ihres Lohnes erkämpfen soll, daß der Tarif-fond abgeliefert werden. An wen? — An ihre Feinde, an das „Gremium“ der Prinzipale! Und als sich die Gehilfen in ihrem Organe „Vorwärts“ darüber beklagen, wird er einfach konfisziert. Wir haben ein Koalitionsrecht, aber — die Prinzipale fürchten sich!

Nun werden die Buchdruckergehilfen weiter rekurren, vielleicht ein Abgeordneter interpelliren, und zuletzt werden sich möglicherweise die Gemüther der konservativsten aller Arbeiter — revolutionären. Vielleicht werden sie endlich einsehen, daß ihr Loos das Loos aller Arbeiter ist, daß es nichts nützt, gegen den Stachel zu ledern, daß das einzige vernünftige Ziel ist, den Stachel zu beseitigen. Für die Entwidlung der Buchdruckergehilfen wird also ihr heutiger Lohnkampf jedenfalls sehr nützlich sein. Vor Allem werden sie Eines lernen: Der gesetzliche Boden ist eine vortreffliche Sache, aber — er muß vorhanden sein.

Einige Dynamitexplosionen in Paris

haben auch in Deutschland wiederum den üblichen Anlaß zu Heftartikeln gegen den Sozialismus gegeben.

Daß dieselben sich an eine ganz falsche Adresse richten, möge folgende Korrespondenz aus Paris zeigen:

Wir haben bereits wiederholt über die Agitation berichtet, welche die Pariser Köche, die Keller der Kaffeehäuser, Restaurants, Weinstuben, die Arbeiter der Lebensmittelbranchen und die Friseurgehilfen seit Jahren gegen die bureaux de placement (Büreaus für Stellenvermittlung) unterhalten.

Die betreffenden Agenturen sind noch ein Geschenk, mit dem Napoleon III. die Revolver Arbeiter bedachte, und das dazu bestimmt war, der Revolutions- und Demokratierecherei der Polizei Helfershelferdienste zu leisten, während es gleichzeitig erlaubte, die Arbeiter doppelt auszubeuten. Ganz besonders sind die Arbeiter der genannten Beschäftigungszweige der Plünderung seitens der Stellenvermittler preisgegeben. Um den Arbeitsuchenden recht oft das Fell scheeren zu können, bestehen z. B. zwischen den Eigentümern mancher Agenturen und gewissen Restaurants u. s. förmliche Abmachungen, denen zu Folge letztere ihre billig gelieferten Hilfsarbeiter nach einem bestimmten, kurzen Termin entlassen, um dieselben von Neuem auf die Arbeitsuche und den Agenten in die Hände zu treiben. Die große Erbitterung, welche in den Kreisen der betreffenden Arbeiter gegen die Stellenvermittlungsbüreaus herrscht, ist also durchaus begründlich und gerechtfertigt; sie ist seit Jahren ruhig, macht sich aber hin und wieder in mehr oder minder heftigen Aeußerungen Luft.

In der jahrelangen Kampagne, welche sie behufs eines Verbotes der privaten Stellenvermittlungsbüreaus führen, haben sie so ziemlich alle Mittel erschöpft. Sie haben bei Deputirten und bei der Kammer petitionirt, sie haben durchaus friedliche Manifestationen veranstaltet, Versammlung auf Versammlung abgehalten, um eine Abschaffung der Agenturen zu erzielen.

Die Bewegung zeitigte erst heftige Demonstrationen, als ihre Träger annehmen mußten, daß eine Gewähr ihrer gerechten Forderung auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben sei. Bekanntlich wurden vor etlichen Monaten verschiedene Restaurants demolirt, Versuche gemacht, Arbeitsvermittlungsbüreaus zu demoliren und deren Besitzer zu lynchen. Nun haben Einzelne aus der Legion, welche unter dem Fortbestand des Übels leiden, zum Dynamit gegriffen. In der Nacht vom 6. zum 7. November sind zwei in verschiedenen Straßen gelegene bureaux de placement mittelst Dynamit in die Luft gesprengt worden. Die Explosionen haben bedeutenden materiellen Schaden angerichtet, da nicht nur die Bureaux, sondern auch die benachbarten Läden schwer gelitten haben, so sind z. B. allein mehr als 700 Fensterscheiben zertrümmert worden. Menschenleben sind dagegen bei keiner Explosion gefährdet worden, eine Kopfwunde, welche ein Polizist durch einen Glasscherben erhielt, wurde durch ein hastig aufgerissenes und zugeworfenes Fenster verursacht.

Natürlich hat es aus Anlaß der Explosionen die üblichen Verhaftungen gerechnet, die mit Auswahl und Vorliebe solche Personen betreffen, die gelegentlich in sozialistischen Versammlungen auftraten oder für Sozialisten galten. So ist z. B. ein gewisser Louvet verhaftet worden, obgleich derselbe erst kürzlich das Hospital nach einem sechsmonatlichen Aufenthalt verlassen hat und an Gelenkrheumatismus und Darmkatarrh noch so schwer leidet, so daß er im Wagen auf das Polizeiamt transportirt werden mußte. Der Mann steht in dem Rufe, Sozialist zu sein, und da möchte man so gern seine Schuld beweisen.

Die Reaktion setzt Alles daran, die Explosionen den Sozialisten in die Schuhe zu schieben oder diese wenigstens moralisch dafür verantwortlich zu machen, um die Situation zu einer Verschneidung der armseligen politischen Freiheiten anzudeuten.

Auf weissen Seite der Anlaß für die Attentate liegt, das ist Jedem klar, der nur für einen Pfennig Logik besitzt. Die Ursache der Explosionen, das ist die Verzweiflung, die entstand, weil Regierung und Parlament in straflicher Gleichgiltigkeit, wenn nicht in bösem Willen, keinen Finger rührten, um einem schreienden Mißstand ein Ende zu machen.

Aufruf zu den Reichstagswahlen.

Parteigenossen!

Nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge würde das Mandat des jetzigen Reichstages im Februar 1890 erlöschen. Aber die Wahrscheinlichkeit ist vorhanden, daß derselbe früher aufgelöst wird und bereits im Herbst 1889 die Neuwahlen angeordnet werden. Dies veranlaßt uns, Euch zuzurufen: Seid auf der Hut und rüft Euch!

Sammelt Geld, Geld und abermals Geld, damit Ihr für den Wahlkampf mit der nöthigen Ration versehen seid.

Der nächste Wahlkampf wird sehr heftig werden. Nicht weil zu befürchten ist, daß die Wählerschaft sich durch Schreckgepenster, wie sie die Kartellparteien in den berüchtigten Tagen des Februar 1887 durch Wort und Schrift dem Volke vorschwindelten, sich wiederum einschüchtern lassen wird — die Blutrinsäre, die Bretterbaraden, die Melnitbomben nebst den famosen Bildern, welche die Wehrlosigkeit der deutschen Grenzen dem Pöbel vorlegen, haben wohl für immer ihre Jagkraft verloren und auch Herr Bouslanger, der Bau-Bau der Kartellparteien, ist in seiner Nichtigkeit entlarvt — der Wahlkampf wird heftig werden, weil der Reichstag nicht wie die bisherigen Reichstage nur auf drei Jahre, sondern auf fünf Jahre gewählt wird.

Diese Verkürzung des Volkrechts ist auch eine Errungenschaft der Kartellparteien.

Letztere werden alle Anstrengungen machen sich, abermals die Mehrheit zu sichern, einerlei durch welche Mittel.

So viel an uns liegt muß dieser schöne Plan zerstört werden. Die deutsche Arbeiterklasse muß endlich überall einsehen, daß sie

auf Parteien nicht bauen darf, welche die reinste Klassenherrschaft repräsentiren. Dies des Näheren zu beweisen wird unsere Aufgabe sein, sobald der Wahlkampf beginnt. Wir werden dafür sorgen, daß Euch das entsprechende Material nicht fehlt.

Zunächst handelt es sich darum, wie schon erwähnt, Mittel für den Wahlkampf zu sammeln. Eure stets bewährte Opferwilligkeit läßt uns das Beste hoffen. Geld kann nie zu viel vorhanden sein. Unbarm ist es Eure Aufgabe überall in den Wahlkreisen Anknüpfungen zu suchen und Vertrauensmänner zu gewinnen, welche zu gegebener Zeit die Agitation in die Hand nehmen. Später sind Wahlvereine und Wahlkomitees zu bilden.

Nach den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages, welche für unsere Taktik maßgebend sein müssen, sollen in allen Wahlkreisen, in welchen Parteigenossen vorhanden sind, Kandidaten unserer Partei aufgestellt werden, für die mit Aufbietung aller Kräfte zu agitiren ist. Wo immer also ein Parteigenosse zur Wahlzeit sich befindet, er muß für die Abgabe sozial-demokratischer Stimmen thätig sein. Es handelt sich nicht bloß darum, die Vertretung unserer Partei im Reichstag möglichst stark zu machen, es handelt sich nicht weniger auch darum, durch die Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel festzustellen, wie groß die Schaar der wahlberechtigten Staatsbürger ist, die unsere Gesinnungen theilen, in der Sozialdemokratie die Vertreterin ihrer Interessen sehen.

Darum Agitation bis in die entlegenste Hütte. Eine Million Stimmen und eine entsprechende Anzahl Vertreter muß das Mindeste sein, was die nächsten Wahlen und bringen. Dafür müssen wir unsere Kräfte einheben.

Ein anderer sehr wichtiger Punkt betrifft die aufzustellenden Kandidaten. Es müssen Vielkandidaturen vermieden werden, wie auch in St. Gallen und früher schon beschlossen wurde. Aber es wird bei der großen Zahl thätiger Kräfte, welche der Tod und andere Umstände aus unseren Reihen entfernen, hier und da Mangel an geeigneten Kräften eintreten. Viele brave und befähigte Genossen besitzen nicht die Unabhängigkeit der Stellung, um eine Kandidatur annehmen zu können. Es wird also nicht zu umgehen sein, daß hier und da eine Doppellandibatur vorkommt. Treten solche Fälle ein und sollte eine Doppellandibatur daraus hervorgehen, dann erwarten wir von Eurer Disziplin, daß Ihr abdam die Entscheidung darüber, wo der Doppellandibatur das Mandat annehmen soll, dem später von uns zu ernennenden Zentral-Wahlkomitee überlasst, daß die Frage unter Einziehung von Vertrauensleuten aus den betreffenden Wahlkreisen erledigen wird. Wir erwarten also, daß kein Kandidat, welchem die Umstände eine Doppellandibatur auferlegen, sich im Voraus über die Annahme der Wahl in einem bestimmten Kreis im Falle seiner Doppellandibatur verpflichtet. Das allgemeine Interesse muß über dem Wahlkreisinteresse stehen.

Parteigenossen! Die Zeiten sind uns günstig wie nie zuvor. Die arbeitenden Massen fühlen jeden Tag mehr, daß die Dinge auf die Dauer so nicht weiter gehen können, daß gründliche soziale Umgestaltung nöthig sind, um die Noth der Zeit und das menschliche Elend zu heilen, nicht mögliches Glück und Stückwerk, wie es bisher unter dem Titel der Sozialreform ihnen geboten wurde. Und wie der Arbeiter, so leidet auch der Bauer und der Kleinbürger. Alle führen mit ihren letzten Kräfte den verzweifelten Kampf um das Dasein gegen die Kapitalmacht und suchen nach Hilfe und Rettung vor dem Untergang. Sorgt also für ihre Aufklärung.

Thut Ihr, thut wir unsere Schuldigkeit, dann kann der Erfolg nicht fehlen.

Frisch an's Werk!

Berlin, den 27. November 1888.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags.

Bebel, Dietz, Frohme, Grillenberger, Harm, Liebknecht, Meißner, Sabor, Schumacher, Singer.

Internationale Arbeiterkongresse.

Der Beschluß des internationalen Arbeiterkongresses in London nächstes Jahr abermals einen internationalen Arbeiterkongress abzuhalten und zwar in Paris, wird seitens der deutschen Sozialisten die entsprechende Würdigung finden. In erster Linie handelt es sich darum, daß die französischen Sozialisten sich verständigen und gemeinsam vorgehen, damit die Welt nicht das traurige Schauspiel erlebt, daß die Arbeiter eines Landes in zwei Parteien gespalten sind, wovon jede zur Einberufung eines internationalen Kongresses auf eigene Faust vorgeht. Seitens der deutschen Sozialisten wird wohlgeheimlich auf die Einberufung eines selbständigen Kongresses verzichtet, wenn die französischen Arbeiter sich verständigen.

Die Possibilisten haben unterdeß schon folgenden Aufruf veröffentlicht:

„Bürger —

Der internationale Arbeiterkongress zu Paris im Jahre 1886, auf welchem England, Deutschland, Belgien, Oesterreich-Ungarn, Schweden, Australien und Frankreich vertreten waren, nahm in seiner Sitzung vom 28. August folgende Resolution an:

Im Jahre 1889 soll in Paris ein internationaler Arbeiterkongress abgehalten werden; die französische „sozialistische Arbeiterpartei“ (Fédération des travailleurs socialistes de France) wird mit der Einberufung beauftragt.

Der eben stattgefundenen internationale Gewerkschaftskongress in London, welchem die Vertreter Englands, Belgiens, Hollands, Dänemarks, Italiens und Frankreichs bewohnten, hat in seiner Sitzung vom 10. November diese Resolution durch folgenden einstimmig gefaßten Beschluß verstärkt:

Die Forderung einer internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung soll bestimmt auf die Tagesordnung des internationalen Kongresses gesetzt werden, der 1889 in Paris stattfinden soll nach der Entscheidung des 1886er Pariser Kongresses.

Das National-Komitee der sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs hat daher die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß sie bereits die nöthigen Vorbereitungen in die Hand genommen hat für den Kongress, der dazu berufen ist, eine hohe Bedeutung zu gewinnen.

Nach den früheren Pariser und den jetzigen Londoner Beschlüssen soll eine internationale Arbeitervereinigung geschaffen werden, deren Grundzüge in der Sitzung vom 9. November 1888 angegeben wurden.

Die Arbeiter aller Länder können nicht gleichgiltig bleiben gegenüber dem Erstarken des sozialistischen Geistes, das sich bei allen Nationen übereinstimmend zeigt.

Die Organisation, wie sie aus den Beratungen 1889 hervorgeht, wird die heute zerstreuten Kräfte ordnend und sammelnd, wird die Macht der organisirten Arbeiter beträchtlich erhöhen und in einer nahen Zukunft

den Sieg der Arbeiterforderungen und die Aufhebung der Landesgrenzen herbeiführen, die uns heute wohl noch äußerlich, aber nicht mehr innerlich trennen.

Wir laden Sie daher ein, an den Sitzungen des Kongresses theilzunehmen.

Rundschreiben, welche die Organisation und Tagesordnung bestimmen, werden wir später versenden."

Wir brauchen wohl kaum hinzuzufügen, daß den deutschen Arbeitern unter den heutigen Verhältnissen ein Beitritt zu einer internationalen Organisation weder möglich noch auch nur so ausnehmend dringlich erscheint, und solange die Arbeiter Frankreichs innerlich noch so wenig stark und einig sind, thäten sie wohl auch besser, die Außerlichkeit einer formellen internationalen Organisation nicht so stark zu betonen.

Die anderen Punkte der Tagesordnung werden aber zweifellos allen Arbeitern gleich bedeutsam erscheinen.

Politische Nachrichten.

Ein großes Grubenunglück in den Kohlenbergwerken zu Dour hat von Neuem die Aufmerksamkeit auf den traurigen Zustand der belgischen Arbeiterschaft gelenkt. Seit Jahren fordert man, daß das Arbeiten der Kinder und Weiber in der Tiefe der Gruben aufhört, und nach amtlichen Versicherungen hat das „fast ganz“ ein Ende erreicht. Und jetzt muß man erleben, daß Knaben und Mädchen in der Tiefe von 612 Metern sogar des Nachts arbeiten. Unter den Verunglückten befinden sich zahlreiche Knaben und Mädchen von 15, 16 und 18 Jahren. In einer Familie sind der Vater, die beiden Töchter von 16 und 18 Jahren und ein 15-jähriger Sohn getödtet worden. Man sieht also, was es mit der angeblichen Besserung dieser Verhältnisse auf sich hat. Die belgischen Großindustriellen wollen, um mittelst eines möglichst niedrigen Selbstkostenpreises die ausländische Konkurrenz erfolgreich zu bekämpfen, auf die Weiber- und Kinderarbeit nicht verzichten. Und da wundern sie sich noch über die Stimmung der Arbeiterkreise.

Trotz alles Protestirens gegen „staatlichen Zwang“ haben die englischen Gewerkschaften auf ihrem letzten Jahreskongress in Bradford in Bezug auf die Hausindustrie doch einige Beschlüsse gefaßt, die von ganz praktischer Auffassung zeugen. So verlangte er, daß der Artikel 69 des englischen Fabrikgesetzes, der das Recht der Fabrik-Inspektoren, Haus-Arbeitsstätten zu betreten, gewissen Beschränkungen unterwirft, ganz gestrichen werde. Weiter verlangt er, daß Artikel 75 dahin ergänzt werde, daß jeder Unternehmer, der Arbeiten vergiebt, die ganz oder theilweise außerhalb seiner Geschäftsräume ausgeführt werden, eine Liste der betreffenden Arbeitsstellen aufsetzen soll zu Händen des Fabrik-Inspektors. Weiter soll Niemand in Wohn- oder Privat-Arbeitsräumen Arbeitskräfte anstellen dürfen, der nicht die amtliche Genehmigung dazu einholt. Und schließlich soll ein Artikel in das Gesetz eingefügt werden, der es für ungesetzlich (d. h. strafbar) erklärt, wenn Arbeiter, die in irgend einer Fabrik oder Werkstätte beschäftigt sind, um den Beschränkungen der Arbeitszeit zu entgehen, aus dieser oder anderen Fabriken Arbeit entnehmen, um sie anderwärts auszuführen, oder wenn Besitzer von Fabriken oder Werkstätten zum gleichen Zwecke Entnahme von Arbeiten veranlassen oder gestatten. — Das sind Eingriffe in den freien Arbeitsvertrag, gegen den die gesetzliche Festsetzung der Grenze des Arbeitstages ein wahres Kinderpiel ist. Aber sie sind notwendig wie er und darum muß ihre Durchführung und Erweiterung mit aller Kraft angestrebt werden, genau wie die Durchführung des Normalarbeitstages.

Ein ungerechter Vorwurf. Es wird den Vertretern der neuen Gesellschafts-Idee von den Vertretern des Bestehenden vorgeworfen, daß sie „trafe Materialisten“ seien. Das ist zum Mindesten ein großes Mißverständnis, wenn man unter diesem Materialismus die Hintanziehung von geistigen und sittlichen Idealen versteht. Denn obwohl jene sogenannten Materialisten in erster Linie für das materiell gesicherte Wohlergehen des Volkes eintreten, so ist das doch bei ihnen nur Mittel zum Zweck, da sie von dem Gedanken ausgehen, daß ein der Existenzunsicherheit oder gar der Noth anheimgegebenes Volk nicht auf einen höheren Kulturstandpunkt gebracht werden kann. Diese verurtheilten Materialisten hätten im Nothfalle vielleicht gar nichts dagegen, wenn das Volk der Zukunft die einfache Lebensweise der Spartaner führte und sich also mit einer „schwarzen Suppe“ begnügte. Aber sie wollen, daß ihm diese Suppe nie fehle, und daß es zur Erlangung derselben und zur Gewinnung alles dessen, was sonst zu einem „menschenwürdigen Dasein“ gehört, seine 12 oder gar 14 Stunden zu arbeiten brauche, damit Andere neben dieser Suppe noch die diversen Lederbissen genießen können, mit denen sie ihre angeblich nichtmaterialistischen Gannnen füttern. Sie wollen ferner, daß aus dem Ertrag der Arbeit des Volkes überhaupt keine arbeitslosen Drogen der Gesellschaft gespeist werden, welche heute den Haupttheil an demselben haben, sondern daß aus diesem Produktions-ertrage, so weit er nicht zum körperlichen Wohlergehen des Volkes dient, diejenigen Einrichtungen zu treffen und zu befördern sind, welche zur geistigen Hebung desselben führen. Ja, sie sind sogar damit einverstanden, daß das Volk über jenen materiellen Bedarf hinaus noch recht viel „U-berzeit“ arbeite, um für letzteren Zweck die reichlichsten Mittel zu erhalten. Der Eingangs angeführte Vorwurf ist zudem ein heuchlerischer. Als ob jene, von Genossen überfälligen Moralisten jemals ein anderes Ideal gekannt hätten, als die Pflege ihrer Genußsucht, und als ob ihnen Kunst und Wissenschaft nicht lediglich dazu dienen, eine angenehme Abschöpfung in den Sinnensitzen zu bringen! Hat man jemals gehört, daß diese Elemente ihre materiellen Interessen für geistige und sittliche Ziele geopfert haben?

Wegen Kaufs von Sammelbonds wurde am 23. d. M. der Buchbinder Höhne von dem Schöffengericht I zu Moabit, zu 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis verurtheilt. Das Gericht sah in dem Kauf „Beihilfe zur Verbreitung.“ Der Staatsanwalt hatte eine Woche Gefängnis beantragt.

Zum Kampf gegen die freien Hilfskassen.

Petition der Vorstandsmitglieder freier Hilfskassen zu Berlin an den Reichstag betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter.

Hoher Reichstag!

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die segensreiche Thätigkeit, welche die Gesetzgebung durch Einführung des Kranken-Unfallversicherungs- und Hilfskassen-Gesetzes den Arbeitern entgegenbringen will, im höchsten Grade abgeschwächt wird durch Bestimmungen, deren Schädlichkeit sich erst durch festgestelltes Einwirken herausstellte, resp. erst durch nicht vorhergesehene verschiedenartige Auslegung dieser Gesetze seitens einzelner Behörden zur öffentlichen Kenntniß kam, aber zugleich Ursache wurde, die Entwicklung, namentlich der freien Kassen niederzuhalten, haben sich die Unterzeichneten der Aufgabe unterzogen, diejenigen Abänderungsvorschläge, welche dem Hohen Reichstage schon einmal vor einem Kongress freier Kassen (abgehalten zu Gera am 14.—16. November 1886) in Form einer Denkschrift unterbreitet wurden, auf deren Verth, resp. Unterstüßung hin, zu prüfen.

Die Prüfung ergab, daß diese Abänderungsvorschläge in seltener Unparteilichkeit nur Witten enthalten, welche geeignet sind, dem gesammten Krankenkassenwesen und zugleich vom Standpunkt des Rechts aus, zum gemeinsamen Vortheil zu gereichen, so daß auch die Unterzeichneten dem Hohen Reichstage die Bitte aussprechen, „diese Abänderungsvorschläge zum Gesetz zu erheben.“

Durch die inzwischen von Seiten der Regierungsorgane, jedoch erst nach dem Abhalten des Kongresses, laut gewordenen Behauptungen, „den freien Kassen erwüchse durch das Zurückweichen älterer oder ärztlich ungeeignet befundener Arbeiter ein großer Vortheil“, fanden sich die Unterzeichneten verpflichtet, auch diese Frage zu prüfen. Die Prüfung ergab, daß z. B. die Zwangskassen durch das 1/3 der Meisterbeiträge und die, erst durch Arbeitsfähigkeit erzwungene Aufnahme, immer noch im Vortheil sind.

Sollte dagegen der Hohen Reichstag, den Abänderungsvorschlägen gemäß, den § 52 des Kr.-Ver.-Ges. streichen, mithin das 1/3 der Arbeitgeber weglassen, so erlauben sich die Unterzeichneten, um Einführung eines Gesetzes zu petitioniren, durch welches die Gemeinderückversicherung angehalten wird, für sämtliche, über 45 Jahre alte, versicherungspflichtige Arbeiter, eine Spezialkasse zu errichten mit festen, möglichst niedrigen Beiträgen und höherer Unterstüßung, zu deren Ermöglichung die Gemeinden so lange einen Extra-Zuschuß zu leisten hätten, bis diese Altersklassen nahezu erschöpft, welcher Zeitpunkt ungefähr mit dem für Aufbringung des Reservefonds festgestellten Jahr (unter Anrechnung 1/30 der Zurücklegung, also bis zum Jahre 1910, zusammenfallen würde.

Wir, die Unterzeichneten, richten daher an den Hohen Reichstag das dringende Gesuch, alle Abänderungsvorschläge, welche geeignet sind, die so schon benachtheiligte Stellung der freien Kassen noch mehr zu erschweren, gänzlich abzulehnen, sowie den vorstehenden Wünschen das weitgehendste wohlwollendste Entgegenkommen angedeihen zu lassen.

Das bei der Prüfung von allen Seiten zugestellte Beweismaterial „verschiedenartiger Gesetzesauslegung durch Behörden“, ermöglichter Ausbeutung der Kassen durch Simulanten, sowie Mäßregelung von freien Kassenmitgliedern durch Privatunternehmer etc., glaubten die Unterzeichneten dem Hohen Reichstage nicht unterbreiten zu dürfen, da diese Thatsachen durch 13. der Denkschrift angehängte Anlagen genügend erwiesen sind. Dagegen müssen wir anführen, daß zwar die Berliner Aufsichtsbehörde durch lenales Verhalten und manche Gesetzesbestimmung in ihrer Schärfe nicht fühlbar machte, wir aber durch den Versuch von Generalversammlungen die Klagen über andere behördliche Entscheidungen und mehr noch Mäßregelungen von Privatunternehmern zu Gunsten einer Zwangskasse hier am Orte, persönlich kennen lernten. Es ist daher nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn die Auslegung der diesbezüglichen Gesetzesbestimmungen einer Zentralbehörde unterbreitet würde.

Bereine und Versammlungen.

In der Sommerfeld'schen Werkstatt (Lampenbranche) hat eine stärkere Mäßregelung wegen des bekannten Gewerkschaftsflugblattes bei den Drückern, Klempnern u. s. w. stattgefunden, sodas vor **Buzug gewarnt** wird. Näheres in der nächsten Metallarbeiterversammlung.

Tischlerkongress. Am 26. und 28. Dezember d. J. soll in Braunschweig ein allgemeiner Tischlerkongress stattfinden. Derselbe wird hauptsächlich sich mit der Reorganisation der Streit-Kommission befassen. Die Delegirten sind in öffentlichen Tischler-Versammlungen zu wählen.

Br. Magdeburg. Am Sonnabend voriger Woche tagte hier eine von ca. 2000 Personen besuchte Versammlung mit der Tagesordnung: Das Krankenkassenwesen und Bericht der Kommission, welche das heimliche Produkt eines „Bereins zur Verbreitung von Volksbildung, verbunden mit Familienkrankenkasse“ erwähnen sollte. Herr Grillenberger sollte referiren, hatte aber in letzter Stunde wegen Krankheit in seiner Familie abgeseht. Zunächst wurde von Herrn Lankau über die Haltung der Magdeburger Kerze gesprochen, mit denen man sich zu Vorbesprechungen in Verbindung gesetzt hatte, und die von vornherein erklärten, daß sie mit „sozialdemokratischen“ Vereinen nichts zu schaffen haben wollten. Die weitere Thätigkeit der Kommission wurde alsdann von verschiedenen Seiten sachlich erläutert. Herr Schoch wandte sich gegen die Leute, die im Stillen Unfrieden säten, aber öffentlich nicht erschienen und in freier Rede und Gegenrede etwaige Gegenstände zum Austrag brachten. Das sei unwürdig und die Genossen müßten solchen Leuten den Rücken kehren. Nach einer eingetretenen Pause wurde über folgende Anträge debattirt: 1. Die Versammlung erklärt, daß die Kommission voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan und beauftragt dieselbe weitere Prüfungen und Erhebungen betreffs der Familienkrankenkasse vorzunehmen und das Resultat ihrer Arbeiten einer später dazu einzuberufenden Versammlung vorzulegen und zu dieser Versammlung einen der Herren Reichstagsabgeordneten einzuladen. 2. Die Versammlung wolle beschließen, einen Arbeiterbildungs-Berein ins Leben zu rufen. 3. Die Gründung eines Vereines sei so lange zu verschieben, bis die Kommission ihre Vorarbeiten beendet habe.“ Für den Bildungsverein sprach besonders Herr Ad. Schulze, dagegen Herr Bremer auf Grund früherer schlimmer Erfahrungen. Auch Herr Bremer wandte sich gegen die Art, wie Herr Heine über die Köpfe der Magdeburger hinweg seine Versammlung einberufen habe, da dadurch leicht „Uneinigkeit und Zersplitterung“ hätte entstehen können. Die heutige große Versammlung habe ja doch davon Zeugniß abgelegt, daß Heine's Bestrebungen sich den Magdeburgern wieder als Kandidat aufzubringen, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob die Partei am Orte Schaden nehme, vollständig erfolglos seien. Nachdem Herr Schulze noch für seinen Antrag, Herr Lankau und Köster dagegen gesprochen, wird der 1. und 3. Antrag einstimmig angenommen, der 2. Antrag ebenso abgelehnt. Daran folgt kurz vor 12 Uhr der Schluß der nicht allein wichtigen, interessanten, sondern auch der Magdeburgs Arbeitern würdigen Versammlung.

Öffentliche Männer- und Frauen-Versammlung am Donnerstag, den 6. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Moabit, Perlebergerstraße 23 (Artushof).

Öffentliche Versammlung der Vorrichter, Zuschneider und Stepper am Sonntag, den 2. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Königsstadt-Stadino, Holzmarktstr. 72.

— **Vereinigung der Drechsler Deutschlands.** Ortsverwaltung „Berlin III“ (für den Ost- und Nordbezirk Berlins.) Versammlung am Montag, den 3. d. M., in Saeger's Lokal, Griner Weg 29. Tagesordnung: 1. Durchberathung des Statuts. 2. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung in Magdeburg. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen ist nothwendig.

— **Freie Vereinigung der Graveure, Ciseleure und verwandten Berufsgeoffenen.** Versammlung am Montag, den 3. d. M., Abends 9 Uhr, Dresdenerstr. 45 (Dresdener-Garten). Tagesordnung: 1. Geschäftliches, Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Herrn Dr. Wille über „Die Moral des allgemeinen Glückes“. 3. Verschiedenes. Gäste sind willkommen.

— **Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgeoffenen.** Montag, den 3. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Vereinsversammlung im Lomisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Unfallversicherung“. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

— **Unterstützungsverein der Maurer Berlins.** Dienstag, den 4. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Lokal, Inselstr. 10, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Paul Ernst über „Die Revolution in der Literatur“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Revisoren. 4. Unterstützungs- und Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

— **Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.** Versammlung am Sonntag, den 2. d. M., Vormittags 10 Uhr, Dranienstr. 51 bei Preuß. Quittungsbuch legitimirt.

— **Öffentliche Versammlung der Metallschleifer und Berufsgeoffenen** findet am Sonntag, den 2. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, in Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68, statt. Tagesordnung: Die Alters- und Invalidenversicherung. Referent: Ernst Prüfer. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

— **Drechsler und Berufsgeoffenen.** Große öffentliche Versammlung am Montag, den 3. d. M., Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstr. 48a. Wichtige Tagesordnung, betr. Jammingswesen. Referent: Kollege Hildebrandt. 2. Stellungnahme zur diesjährigen Wahl eines Jammings-Gesellen-Ausschusses. Referent: Kollege Hindric. 3. Verschiedenes.

— **Klub Schiller.** Montag, den 3. d. M., Abends 8 Uhr, Sitzung, Hemmtstraße (Restaurant Rauhenstr.).

— **Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter** befindet sich Waldemarstr. 61, bei Pfister.

— **Freireligiöse Gemeinde, Rosenhalestr. 38.** Sonntag, den 2. d. M., Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn E. Vogtherr über „Christlicher und vorchristlicher Heilerglaube“. Damen und Herren als Gäste willkommen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“, Stuttgart, Verlag von J. H. W. Dietz, in loeben das zwölfte Heft des 6. Jahrganges erschienen, Abhandlungen: Die deutsche Fabrikinspektion im Jahre 1887. Von August Bebel. — Shellen als Sozialist. — Zur Eisenbahnreform. — Aus Briefen an Johann Philipp Becker. III. Von Reinhold Käegg. — Selbsthilfe. — Literarische Rundschau: Max Kreber, Meister Timpe. — Dr. Otto Frankenstein, Die Lage der Arbeiterinnen in den deutschen Großstädten. — Notizen.

Die **Wildhauer Berlins** sind verpflichtet, soweit sie die „Zeitschrift für Plastik“ im Prinzip anerkennen (Auskündigung über die Arbeiterinteressen der Wildhauer) dieselbe in der augenblicklichen Krise, in welche dieselbe durch Trennung des Unterstützungsvereins der Wildhauer Deutschlands von ihr getreten ist, zu unterstützen. Neu-Abonnement für 1. Quartal 1889 bis spätestens 1. Dezember erbeten beim Kollegen Hagenstein, Büschingstr. 25. P. König.

Briefkasten.

Listen zum Sammeln von Abonnenten sind jederzeit auf unserer Expedition zu erhalten und werden auch gratis übersandt.

Steinträger. Zu spät erhalten. Besten Gruß! E. H. in Kiel. Von den eingelangten 18 Mark verrechnen wir 12 Mk. Broschüren und 6 Mk. Abonnementgeld für Oktober, November und Dezember.

H. N. in Hamburg. Für November haben Sie 8 Exempl. also 3,20 Mk. zu bezahlen, so daß Sie noch 1,80 Mk. für Dezember gut haben.

Bereine, Berlin. Bei Aufgabe von Vereins- und Versammlungs-Infocaten möchten wir um gleichzeitige genaue Angabe der Kassirer bitten.

S. Görlitz. Wird immer zugleich fortgeschickt.

W. B. Gotha. In voriger Woche ist das Exemplar bestimmt abgehandelt worden. Wenn Sie die sendenden Nummern an geben, liefern wir sie gern nach.

Magdeburg. Sie haben uns mit Ihrem Bericht die Arbeit recht teuer gemacht, da oft selbst die Namen nicht deutlich zu lesen waren. Wollen Sie das nächste Mal nicht etwas mehr Rücksicht nehmen. Wegen Raummanget müßten wir außerdem äußerst kurz sein.

Hilfskassen. Bericht leider wegen Raummanget nicht zu bringen.

Achtung! Ein guter seidener Schirm ist am Donnerstag im Schweizergarten (Versammlung) stehen gelassen worden. Nachtrich bittet man zu geben an Tischler J. Winter, Mantuffelstr. 6. III.

Anforderung zum Abonnement.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh in Berlin und sucht in gründlichster Weise alle auftauchenden politischen und wirtschaftlichen Fragen vom

sozialistischen Standpunkte ans zu beleuchten.

Gerade heute, wo das Vereinsleben der Arbeiter gänzlich darniederliegt, erscheint uns ein Wochenblatt, wie das unsrige als ein **unentbehrliches Aufklärungsmittel** des Volkes.

Wir bitten alle Freunde unseres Blattes, recht eifrig für die **weitere Verbreitung** der

„Berliner Volks-Tribüne“

einzutreten.

Bei Bestellungen in Berlin wende man sich stets direkt an die Expedioren. Dieselben liefern die „Berliner Volks-Tribüne“ für 50 Pfennige monatlich jeden Sonnabend Morgen frei in's Haus.

Probenummern jederzeit gratis. Durch jede Postanstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis 1 Mk. 50 Pfg.; eingetragener unter Nr. 850 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1888.)

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne.“

Berlin S. O., Dranienstr. 23.